Gemeinde Neftenbach

# Einladung zu Gemeindeversammlungen

von
Politischer Gemeinde und
Evangelisch-reformierter Kirchgemeinde

am Mittwoch, 29. November 2017

um **19.00 Uhr** (Ev.-ref. Kirchgemeinde)
um **20.00 Uhr** (Politische Gemeinde)

in der Mehrzweckhalle Auenrain

An die Stimmberechtigten der Politischen Gemeinde und der Evangelisch-reformierten Kirchgemeinde.

Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger

Zur Genehmigung der Voranschläge, Festsetzung der notwendigen Steuerfüsse sowie zur Behandlung verschiedener Sachgeschäfte laden wir Sie zu den genannten Gemeindeversammlungen ein.

Die vollständigen Akten liegen zwei Wochen vor der Versammlung während den Schalteröffnungszeiten in der Gemeindeverwaltung zur Einsicht auf.

Anfragen im Sinne von § 51 des Gemeindegesetzes sind den Gemeindevorsteherschaften spätestens zehn Arbeitstage vor der Gemeindeversammlung schriftlich und vom Stimmberechtigten unterzeichnet einzureichen. Die Gemeindevorsteherschaft beantwortet die Anfrage in der Gemeindeversammlung. Der bzw. die Stimmberechtigte hat das Recht auf eine kurze Stellungnahme zur Antwort der Gemeindevorsteherschaft. Eine Beratung und Beschlussfassung über die Antwort findet nicht statt.

Interessierte nicht stimmberechtigte Personen sind eingeladen, der Versammlung ebenfalls beizuwohnen. Sie haben sich jedoch auf die für die Gäste bestimmten Plätze zu setzen und sie dürfen sich nicht aktiv beteiligen.

Das Protokoll der Gemeindeversammlung steht den Stimmberechtigten spätestens eine Woche nach der Gemeindeversammlung während 30 Tagen zur Einsicht zur Verfügung. Begehren um Berichtigung des Protokolls sind in der Form des Rekurses innert 30 Tagen, vom Beginn der Auflage an gerechnet, beim Bezirksrat bzw. bei der Bezirkskirchenpflege einzureichen.

Die Beschlüsse der Versammlung können, wenn sie gegen übergeordnetes Recht verstossen, von jedem Stimmberechtigten innert 30 Tagen ab der Gemeindeversammlung beim Bezirksrat bzw. bei der Bezirkskirchenpflege angefochten werden.

Die Nichtbeachtung von Vorschriften über die Geschäftsbehandlung oder die Teilnahme von Nichtstimmberechtigten an den Verhandlungen bildet nur dann einen Beschwerdegrund, wenn diese Verstösse schon in der Versammlung gerügt worden sind. Die Beschwerdefrist beträgt 5 Tage.

Neftenbach, 6. Oktober 2017 Die Gemeindevorsteherschaften

Es kommen folgende Geschäfte zur Behandlung:


## POLITISCHE GEMEINDE 4

1. Voranschlag 2018 mit einem Steuerfuss von 109 % 4
2. Neuerlass Gebührenverordnung 7
3. Mittelfristiger Ausgleich des Gemeindehaushaltes 11
4. Bewilligung Rahmenkredit für Photovoltaikanlagen auf Gemeindeliegenschaften 14
5. Revision Zweckverbandsstatuten Spitex Neftenbach-Pfungen-Dättlikon 23
6. Revision Zweckverbandsstatuten Regionalplanung Winterthur und Umgebung 26
7. Revision Zweckverbandsstatuten Schulpsychologischer Dienst 31
8. Anpassung Entschädigungsverordnung 33
9. Anfragen gemäss § 51 des Gemeindegesetzes 36

## EVANGELISCH-REFORMIERTE KIRCHGEMEINDE 37

1. Voranschlag 2018 mit einem Steuerfuss von 9 % 37
2. Anfragen gemäss § 51 des Gemeindegesetzes 38

Auszüge aus dem Voranschlag 2017 der Politischen Gemeinde 39

Auszüge aus dem Voranschlag 2017 der Ev.-ref. Kirchgemeinde 47

# POLITISCHE GEMEINDE

**Traktandum 1**

## Voranschlag 2018 mit einem Steuerfuss von 109 %

**Antrag an die Gemeindeversammlung**

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, zu **beschliessen**:

1. Den Voranschlag 2018 zu genehmigen.
2. Den Steuerfuss für das Jahr 2018 auf 109 % festzusetzen.
3. Der vorgesehenen Entnahme aus dem Eigenkapital von CHF 199'800.- zuzustimmen.

In der laufenden Rechnung wird mit einem Aufwand von CHF 31'833'100.- und einem Ertrag von CHF 15'065'300.- gerechnet. Der zu deckende Aufwandüberschuss von CHF 16'767'800.- soll durch 109 Steuerprozente (Voranschlag 2017, 109%) gedeckt werden. Bei einem 100-prozentigen Gemeindesteuerertrag von CHF 15'200'000.- (Voranschlag 2017 CHF 14'830'000.-) ergibt dies CHF 16'568'000.-. Der resultierende Aufwandüberschuss von CHF 199'800.- wird dem Eigenkapital entnommen. Der interne Zinssatz wird auf 0,5% festgesetzt. In der Investitionsrechnung betragen die Ausgaben im Verwaltungsvermögen voraussichtlich CHF 3'602'200.-, die Einnahmen CHF 1'340'000.-. Die Nettoinvestitionen belaufen sich somit auf CHF 2'262'200.-. Beim Finanzvermögen sind Ausgaben von CHF 194'000.- und Einnahmen von CHF 194'000.- geplant. Auf dem Verwaltungsvermögen sind insgesamt CHF 1'954'200.- ordentliche und CHF 374'000.- zusätzliche Abschreibungen vorgesehen.

Erfolgsrechnung

Das Budget 2018 gleicht mit einem Aufwandüberschuss von CHF 199'800.- nahezu aus. Dies obwohl der Steuerfuss auf der Höhe des Vorjahres auf 109% belassen werden soll. Das Resultat muss jedoch differenzierter betrachtet werden. Ohne den enthaltenen Buchgewinn von CHF 193'000.- und die Auflösung der BVK-Sanierungsrückstellung von CHF 420'000.-, welche über die gesamte Rechnung verteilt ist, würde ein Aufwandüberschuss von CHF 806'000.- resultieren.

Im Bereich Behörden (F012) plant der Gemeinderat weitere externe Beratung für das Projekt «Entwicklung der Gemeindeverwaltung» ein und die Gemeindeverwaltung (F020) muss für die Umstellung der Buchhaltung auf das harmonisierte Rechnungsmodell 2 ihre Software für CHF 35'000.- aufrüsten. Durch die Auslagerung des Bauamtes nehmen zudem die Personalkosten der Verwaltung zwischenzeitlich ab, die Kosten für externe Gutachter im ähnlichen Umfang

hingegen zu. Die Abgaben an die Kantonspolizei (F110) verdoppeln sich nahezu auf CHF 78'400.-, dies aufgrund eines Regierungsratsbeschlusses, wonach ab 2018 höhere Tarife an die Gemeinden verrechnet werden.
Erfreulich ist, dass vermutlich weniger Beiträge an Sonderschulen geleistet werden müssen, als dies noch im Budget 2017 erwartet wurde (F220). Die Verbesserung beläuft sich auf CHF 235'100.- vorausgesetzt, dass keine neuen Sonderschüler hinzukommen.

Bei den Ergänzungsleistungen (F530) wird mit einem Betrag von CHF 1,6 Mio. gerechnet (Budget 2017: CHF 1,48 Mio.), da bereits im laufenden Jahr Quartalsrechnungen von CHF 400'000.- bezahlt werden. Ebenfalls eine Kostensteigerung ist bei der Betreuung von Sozialhilfeempfängern (F589) durch die Gemeinde Seuzach zu erwarten, da die Fallzahlen angestiegen sind.

Trotz geplanter Gebührensenkungen soll das Wasserwerk mit CHF 107'700.- positiv abschliessen. Zusätzliche Abschreibungen verschlechtern hingegen das Ergebnis im Abwasserbereich und führen zu einer Entnahme von CHF 389'100.-.

Nach den stabilen Steuererträgen 2015 und 2016 und einer Steuerkraft von rund CHF 2'900.- pro Einwohner/in werden auch für 2018 solche Werte erwartet (F900). Glücklicherweise stieg im ganzen Kanton Zürich die Steuerkraft an, so dass 2018 ein Ressourcenausgleich vom Kanton von CHF 3'390'000.- erwartet werden darf (F920). Dieser Betrag ist zwar um CHF 366'000.- tiefer als 2016, hingegen CHF 609'100.- höher als das Budget des Vorjahres. Dies mag erklären, weshalb die oben genannten Kostensteigerungen teilweise kompensiert werden konnten.

Investitionsrechnung

In der Investitionsrechnung sind einzelne Unterhaltsprojekte der Schulliegenschaften eingestellt, die nicht mehr aufgeschoben werden können sowie die Projektierungskosten von CHF 100'000.- für das Projekt Schul-Pavillon am heutigen Ort des Kindergarten Auenrain, welches der Gemeinde 2018 zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Ebenfalls 2018 dem Stimmbürger vorgelegt werden soll eine geplante Revitalisierung des Weihers bei der Badi. Für eine erste Sanierungstranche sind CHF 300'000.- im Investitionsbudget eingestellt. Als gebunden zu betrachten ist die Altlastensanierung des Schiesshanges Teggenberg mit Kosten von CHF 390'000.-. Im Weiteren sind für die Fertigstellung der Erweiterung des Forstgebäudes Teggenberg CHF 180'000.- im Budget eingestellt. In den Bereichen Wasser und Abwasser sind Investitionen von Total CHF 1,37 Mio. geplant, welche durch die Einnahme von Anschlussgebühren nahezu gedeckt werden. Aus dem Finanzvermögen sollen das Waschhaus und die Garage neben der alten Turnhalle drei Linden veräussert werden, was einen Buchgewinn zur Folge haben wird.

Die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen belaufen sich so auf CHF 2'262'200.-.

Steuerfuss

Durch den regulierend wirkenden Ressourcenausgleich und die steigenden gebundenen Ausgaben für die Bereiche Bildung, Pflegefinanzierung und Zusatzleistungen, musste der Steuerfuss schrittweise von 96% auf 109% angehoben werden. Für das Jahr 2018 muss darauf hingewiesen werden, dass die budgetierte Erfolgsrechnung nur durch buchhalterische Vorgänge ein positives Resultat ausweist und die erwirtschafteten Mittel 2018 nicht ausreichen, um die Investitionen aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Dennoch soll zu Gunsten der angestrebten Konstanz der Steuerfuss für das Jahr 2018 nicht bereits wieder angepasst werden. Die höhere Steuerkraft im Kanton und der damit gestiegene Ressourcenausgleich helfen, dieses Ziel zu erreichen.

**Empfehlung an die Stimmberechtigten**
Den Stimmberechtigten wird die Vorlage zur Annahme empfohlen.

Neftenbach, 6. Oktober 2017

NAMENS DES GEMEINDERATES
Der Gemeindepräsident: Martin Huber
Der Gemeindeschreiber: Hannes Friess

**Abschied der Rechnungsprüfungskommission**

Feststellung

Das Budget 2018 der Poltischen Gemeinde ist finanzrechtlich zulässig, finanziell angemessen und rechnerisch richtig.

Antrag

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, zu beschliessen:

1. Der Voranschlag 2018 der Poltischen Gemeinde wird entsprechend dem Antrag des Gemeinderates genehmigt.

2. Der Steuerfuss 2018 der Politischen Gemeinde wird, unverändert gegenüber dem Jahr 2017, auf 109 % des einfachen Gemeindesteuerertrages festgesetzt.

Neftenbach, 17. Oktober 2017

NAMENS DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION
Der Präsident: Fabian Utzinger
Der Aktuar: Jürg Berweger

**Traktandum 2**

## Neuerlass Gebührenverordnung

**Antrag an die Gemeindeversammlung**

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, zu **beschliessen**:

1. Der Neuerlass der Gebührenverordnung wird genehmigt.

2. Für folgende Bereiche bestehen ausreichende Rechtsgrundlagen der Gemeindeversammlung:
   - Wasserreglement 2003
   - Abwasserverordnung 2005
   - Abfallverordnung 2010

3. Für folgende Bereiche kann der Gemeinderat vom Prinzip der Kostendeckung abweichen:
   - Benützung von Material, Räume, Anlagen, öffentlicher Grund (Verwaltungsvermögen)
   - Benützung des Schwimmbades
   - Ausleihe von Büchern und Medien
   - Ausserschulische Betreuungsangebote

Ausgangslage und Anlass für eine neue Gebührenverordnung

Im Zusammenhang mit dem neuen Gemeindegesetz, welches ab 1. Januar 2018 in Kraft treten wird, ist der Neuerlass einer kommunalen Gebührenverordnung erforderlich. Der konkrete Anlass ist der ersatzlose Wegfall von Art. 63 des bisherigen Gemeindegesetzes bedingt durch das neue Gemeindegesetz. Damit wird der Verordnung des Regierungsrats über die Gemeindegebühren (VOGG) vom 8. Dezember 1966 per 1.1.2018 die Grundlage im Gemeindegesetz entzogen. Die VOGG wird deshalb per 31.12.2017 aufgehoben. Eine Übergangsregelung wurde vom Regierungsrat nicht in Aussicht gestellt. Damit eine neue kommunale Gebührenverordnung am 1.1.2018 in Kraft treten kann, muss sie spätestens im Dezember 2017 der Gemeindeversammlung vorgelegt werden. Grundsätzlich kann sie alleine verabschiedet werden, da sie alle notwendigen Grundlagen für die Gebührenerhebung enthält, die vom Souverän beschlossen werden müssen. Der Gebührentarif der Exekutive kann zur Kenntnis beigelegt werden, muss aber nicht. Die neue kommunale Gebührenverordnung kann sich ausserdem auf diejenigen Bereiche konzentrieren, welche aufgrund des Wegfalls der VOGG, oder weil sie bis jetzt ungenügend geregelt waren, einer neuen formell gesetzlichen Grundlage bedürfen. Das aktuelle und vom Gemeinderat am 1.1.2014 erlassene Gebührenreglement wird auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Gebührenverordnung aufgehoben.

Grundsätzliches

Gebühren gehören zu den Kausalabgaben. Sie müssen von den Privaten für bestimmte staatliche Leistungen bezahlt werden. Im Gegensatz zu den Steuern werden die staatlichen Leistungen direkt in Anspruch genommen und bezahlt. Die Gebühren dürfen höchstens kostendeckend sein. Sie sollen die Kosten ganz oder teilweise decken, welche dem Gemeinwesen durch die Leistung der Verwaltung oder von ihr beauftragter Dritter oder durch die Benutzung einer Einrichtung entstanden sind. Die formell gesetzliche Grundlage zur Gebührenerhebung muss vom Gesetzgeber (Gemeindeversammlung) erlassen werden und zumindest den Kreis der Abgabepflichtigen, den Gegenstand der Abgabe und die Bemessungsgrundlage für die Abgabe enthalten. Ausnahme dazu bilden die sogenannten Kanzleigebühren (Gebühren von geringer Höhe für Routinearbeiten). Nach den Bemessungsgrundlagen berechnet der Gemeinderat die Höhen der Gebühren im Einzelnen. Die Gemeindeversammlung kann die Höhe einer Gebühr auch direkt festsetzen oder einen relativ engen Rahmen dazu festlegen, an welchen sich der Gemeinderat wiederum zu halten hat. Das Kostendeckungsprinzip beschlägt nicht jedes einzelne Verwaltungsgeschäft als solches, sondern den Rahmen der gesamten Tätigkeit eines Verwaltungszweiges, bei welcher im Durchschnitt mit der Gebührenerhebung eine Kostendeckung erreicht werden soll. Eine gewisse Schematisierung und Pauschalisierung der Gebühr ist erlaubt. Zum Gesamtaufwand sind nicht nur die laufenden Ausgaben des betreffenden Verwaltungszweiges, sondern auch angemessene Rückstellungen, Abschreibungen und Reserven hinzuzurechnen. Das Äquivalenzprinzip konkretisiert das Verhältnismässigkeitsprinzip und das Willkürverbot (Art. 5 Abs. 2 sowie Art. 8 und Art. 9 BV) für den Bereich der Kausalabgaben. Es bestimmt, dass eine Gebühr nicht in einem offensichtlichen Missverhältnis zum objektiven Wert der Leistung stehen darf und sich in vernünftigen Grenzen halten muss. In welchem Ausmass die Gebühr zur Kostendeckung beitragen soll und wie die Bemessungsgrundlagen deshalb festgelegt werden sollen, sind politische Entscheide (soweit die Kostendeckung bzw. das Verursacherprinzip nicht durch übergeordnetes Recht verbindlich vorgeschrieben sind). Die daraus resultierenden Gebühren dürfen wie erwähnt höchstens kostendeckend sein, können aber aus verschiedensten Gründen auch niedriger angesetzt werden. Es ist beispielsweise ein politischer Entscheid, wie hoch die Gebühren für die Benutzung der Turnhalle durch Vereine oder die Gebühren für die Ausleihe von Büchern sein sollen. Entweder kann die Gebühr z. B. rein nach einem bestimmten Aufwand und plausibilisiert anhand des Äquivalenzprinzips festgesetzt werden oder auch niedriger, weil z. B. noch ein Bildungsauftrag erfüllt werden soll.

Aufbau der Gebührenverordnung

Die Gebührenverordnung besteht aus einem allgemeinen und einem speziellen Teil. Sie legt die Grundlagen für die Gebührenerhebung fest (Kreis der Gebührenpflichtigen, Gegenstand der Gebühr und Bemessungsgrundlagen) ohne die Gebührenhöhe im Detail zu fixieren. Für die Kanzleigebühren enthält die Gebührenverordnung eine Generalklausel. Die Exekutive setzt die einzelnen Gebührenhöhen sodann basierend auf den Grundlagen der Gebührenverordnung im

Behördenerlass, dem **Gebührentarif**, fest. So muss die Gebührenverordnung selbst nur geändert werden, wenn die grundlegenden Bestimmungen betreffend den Kreis der Abgabepflichtigen, den Gegenstand der Abgabe oder die Bemessungsgrundlagen geändert werden sollen.

Inhalt der Gebührenverordnung

Die Gebührenverordnung ersetzt die Verordnung des Regierungsrats über die Gebühren der Gemeindebehörden (VOGG) vom 8.12.1966 und bietet den kommunalen Gebühren in diesem Rahmen eine neue gesetzliche Grundlage. Die Gebührenverordnung deckt zudem weitere Bereiche ab, in welchen die Gemeinden Gebühren erheben, die aber schon teilweise eine Rechtsgrundlage im übergeordneten Recht haben; die Gebührenverordnung verweist auf diese Rechtsgrundlagen. Dieses Vorgehen wurde gewählt, weil in vielen Gemeinden Rufe laut werden, die Gemeinde möge der Übersichtlichkeit halber möglichst alle Gebühren in einem Erlass regeln. Bestehende formell-gesetzliche Grundlagen für kommunale Gebühren können die Gemeinden unverändert bestehen lassen. Es besteht die Möglichkeit, in der neuen Gebührenverordnung pauschal auf diese zu verweisen. Es besteht aber auch die Möglichkeit, solche kommunalen Gebührenbestimmungen beim Neuerlass der Gebührenverordnung neu regeln (z.B. neue Rahmenregelung mit Delegation an die Exekutive oder Neuregelung der Bemessungsgrundlagen), sie in die Gebührenverordnung aufnehmen und die damit abgelösten Gebührenordnungen aufheben. Nachdem die Gemeinden nach neuem Gemeindegesetz (nGG) und der neuen Gemeindeverordnung (VO nGG) verpflichtet sind, eine systematische Erlasssammlung zu führen und im Internet zu veröffentlichen (§ 7 Abs. 2 nGG, § 2 VO nGG), sind die Erlasse der Gemeinde für die Einwohner in Zukunft sowieso übersichtlicher. Interessierte können ohne grösseren Aufwand weitere Erlasse zu kommunalen Gebühren finden und konsultieren (auch falls diese ausserhalb der Gebührenverordnung geregelt sind).

Die Gebührenverordnung macht Vorschläge für Bemessungsgrundlagen, welche bei den jeweiligen Abgabegegenständen gängig sind. Die Gemeinden können auch andere Bemessungsgrundlagen wählen (z.B. die Angabe eines Kostendeckungsgrades wie 20% bis 50% oder eines Rahmens wie CHF Y bis CHF Z), bzw. ihre bewährten einsetzen. Der Erlass einer kommunalen Gebührenverordnung basierend auf der Mustergebührenverordnung muss deshalb nicht zwangsläufig zu neuen Tarifhöhen führen. Die Tarife bekommen nur, wo nötig, neu eine kommunale gesetzliche Grundlage.

Im Zusammenhang mit dem Erlass des Gebührentarifs durch die Exekutive können die einzelnen Gebühren aber auch überprüft und angepasst werden. Die Gemeinden können ihre konkreten Kosten für einen Verwaltungszweig errechnen und überlegen, wie sie die Gebühren dazu festlegen wollen (Vollkostenüberwälzung oder nur Überwälzung eines Teils der Vollkosten). Wo offensichtlich Gebühren unter dem Kostendeckungsprinzip erhoben werden sollen (wie z. B. bei der Benutzung der Gemeindebibliothek), ist eine Berechnung nicht nötig. Der basierend auf der Gebührenverordnung durch die Exekutive festzusetzende Gebührentarif hat diese Vorgaben im Detail umzusetzen.

Was nicht in der Gebührenverordnung enthalten ist

Nicht in die Gebührenverordnung aufzunehmen sind die Gebühren, welche die Eigenwirtschaftsbetriebe der Gemeinden erheben, wie z. B. die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung. Diese Gebühren sind in der Gemeinde Neftenbach mittels gesetzlicher Grundlage geregelt. Die Gebühren des Betreibungsamtes und des Gemeindeammannamt werden von der Gemeinde Seuzach bezogen und fliessen ihr als Sitzgemeinde zu.

**Empfehlung an die Stimmberechtigten**
Den Stimmberechtigten wird die Vorlage zur Annahme empfohlen.

Neftenbach, 6. Oktober 2017

NAMENS DES GEMEINDERATES
Der Gemeindepräsident: Martin Huber
Der Gemeindeschreiber: Hannes Friess

**Abschied der Rechnungsprüfungskommission**

Feststellung

Im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des neuen Gemeindegesetzes per 1. Januar 2018 fällt die rechtliche Grundlage zur Gebührenerhebung weg. Fortan obliegt es den Gemeinden die Rechtsgrundlage für die Gebührenerhebung zu schaffen, was mit dem Erlass dieser kommunalen Gebührenverordnung vollzogen werden soll. Der Gemeinderat bekräftigt in seinem Antrag, die Gebühren auf dem Prinzip der Kostendeckung zu erheben. Er behält sich lediglich vor, bei der Benützung von Material, Räumen, Anlagen und öffentlichem Grund (Verwaltungsvermögen), der Ausleihe von Büchern sowie von ausserschulischen Betreuungsangeboten vom Kostendeckungsprinzip abzuweichen.

Empfehlung

Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) empfiehlt der Gemeindeversammlung, den Neuerlass der Gebührenverordnung (per 1. Januar 2018) entsprechend dem Antrag des Gemeinderats zu genehmigen.

Neftenbach, 17. Oktober 2017

NAMENS DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION
Der Präsident: Fabian Utzinger
Der Aktuar: Jürg Berweger

**Traktandum 3**

## Mittelfristiger Ausgleich des Gemeindehaushaltes

**Antrag an die Gemeindeversammlung**

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, zu **beschliessen**:

1. Der Gemeindesteuerfuss wird so festgesetzt, dass die Erfolgsrechnung über einen Zeitraum von acht Jahren ausgeglichen ist.
2. Der mittelfristige Ausgleich erstreckt sich über drei abgeschlossene Rechnungsjahre, das laufende Rechnungsjahr, das künftige Budgetjahr und drei weitere Planjahre.
3. Der mittelfristige Ausgleich erstreckt sich erstmals über die abgeschlossenen Rechnungsjahre 2015, 2016 und 2017, das laufende Rechnungsjahr 2018, das künftige Budgetjahr 2019 und die Planjahre 2020, 2021 und 2022.

Das Gemeindegesetz schreibt heute den Gemeinden in §133 vor, dass der Steuerfuss so hoch anzusetzen ist, dass er die Erfolgsrechnung ausgleicht. Auf 2018 tritt nun das neue Gemeindegesetz in Kraft und per 1. Januar 2019 müssen alle zürcherischen Gemeinden ihr Rechnungswesen vom heutigen HRM1 auf die Vorgaben des neuen Harmonisierten Rechnungsmodel HRM2 umstellen. Im neuen Gemeindegesetz ist kein jährlicher Ausgleich mehr gefordert. Der Ausgleich hat nach §92 nGG mittelfristig zu erfolgen und die entsprechenden Regelungen sind durch die Gemeinden zu definieren.

Frist

Die Gemeinde haben zu regeln über welchen Zeitraum sich der mittelfristige Ausgleich erstreckt. Das Gemeindeamt des Kantons Zürich gibt einen Spielraum von vier bis acht Jahren vor. Allgemein kann gesagt werden, dass bei schwankenden Abschlüssen in kürzeren Zeiträumen ein schnelleres und stärkeres Eingreifen erforderlich ist, um den mittelfristigen Ausgleich einzuhalten. In einem längeren Zeitraum können einzelne Ereignisse besser kompensiert werden und der Steuerfuss dürfte an Stabilität gewinnen. Das Gemeindeamt empfiehlt einen Zeitraum von acht Jahren für den mittelfristigen Ausgleich anzunehmen.

Periode und Gegenstand

Neben der Anzahl Jahre hat die Gemeinde festzusetzen, welche Jahre (Rechnungsjahre oder Budget- und Planjahre) in die Berechnung einfliessen. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass mehr Planjahre mehr Möglichkeiten bieten, um vergangene Ereignisse zu kompensieren. Zu viele abgeschlossene Jahre in die Berechnung einfliessen zu lassen, stellt die Gemeinde vor vollendete Tatsachen und kann ihren Spielraum einengen. Nichts desto trotz sollte den ver-

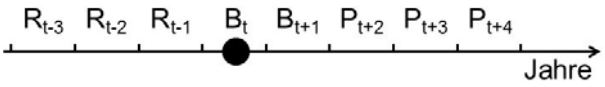
gangenen Jahren einen angemessenen Platz in der Periode eingeräumt werden, auch weil ansonsten positiven Abschlüsse zu wenig Gewicht für die kommenden Jahre beigemessen würde. Das Gemeindeamt empfiehlt drei abgeschlossene Rechnungsjahre, das aktuelle Jahr sowie das Budget- und drei Planjahre in den mittelfristigen Ausgleich einzubeziehen.

Festsetzung

Die Wahl der Frist, Periode und Gegenstand in Bezug auf den mittelfristigen Ausgleich ist für die Haushaltsteuerung einer Gemeinde von erheblicher Tragweite. Der Entscheid sollte daher in die Gemeindeordnung einfliessen oder durch die Gemeindeversammlung festgesetzt werden.

Erwägungen

Für die Dauer des Ausgleichszeitraumes soll eine längere Frist gewählt werden, um Schwankungen im Steuerfuss aufgrund des mittelfristigen Ausgleiches zu vermeiden. Da sich der heutige Finanzplan mit Budgetjahr und drei Planjahren mit der Empfehlung des Gemeindeamtes deckt, sollten wie empfohlen die drei abgeschlossenen Rechnungsjahre eingerechnet werden. Lediglich zwei Rechnungsjahre einzubeziehen wiese der Planung ein zu hohes Gewicht zu (Verhältnis 2:5) und gäbe ein allzu theoretisches Bild des Ausgleiches dar. Mit drei abgeschlossenen Jahren ($R_{t-3}$ bis $R_{t-1}$) verbleiben mit dem laufenden Rechnungsjahr ($B_t$) sowie dem Budget- ($B_{t+1}$) und den Planjahren ($P_{t+2}$ bis $P_{t+4}$) genügend Jahre, auf die Einfluss genommen werden kann, um den mittelfristen Ausgleich zu erreichen (Verhältnis 3:5).




**Empfehlung an die Stimmberechtigten**
Den Stimmberechtigten wird die Vorlage zur Annahme empfohlen.

Neftenbach, 6. Oktober 2017

NAMENS DES GEMEINDERATES
Der Gemeindepräsident: Martin Huber
Der Gemeindeschreiber: Hannes Friess

**Abschied der Rechnungsprüfungskommission**

Feststellung

Gemäss dem § 92 Abs. 1 des neuen Gemeindegesetzes (nGG) muss der Gemeindesteuerfuss so festgesetzt werden, dass die Erfolgsrechnung des Budgets mittelfristig ausgeglichen ist. Diese gesetzliche Norm gilt es erstmals mit dem Budget 2019 (nächste Jahr) zu berücksichtigen. Der Gemeinderat schlägt in Einklang mit den kantonalen Empfehlungen vor, dass dieser Ausgleich über acht Jahre berechnet werden soll. Die Ergebnisse sollen sich dabei aus den drei vergangenen Perioden, der aktuellen Periode, dem Budgetjahr sowie drei weiteren Planjahren berechnen. Wichtig in diesem Zusammenhang erscheint, dass wenn der mittelfristige Ausgleich rechnerisch nicht erreicht werden könnte, die Gemeindeversammlung nicht automatisch verpflichtet ist, einer Steuerfusserhöhung zuzustimmen. Vielmehr könnte eine ablehnende Haltung der Gemeindeversammlung zu einer Steuerfusserhöhung bewirken, dass der Gemeinderat das Budget und insbesondere die künftige Finanzplanung überarbeiten muss.

Empfehlung

Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) empfiehlt der Gemeindeversammlung, die Eckwerte des mittelfristigen Ausgleichs gemäss Antrag des Gemeindesrates zu genehmigen.

Neftenbach, 17. Oktober 2017

NAMENS DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION
Der Präsident: Fabian Utzinger
Der Aktuar: Jürg Berweger

**Traktandum 4**

# Bewilligung Rahmenkredit für Photovoltaikanlagen auf Gemeindeliegenschaften

**Antrag an die Gemeindeversammlung**

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, zu **beschliessen**:

Für die Realisierung von Photovoltaikanlagen auf den Dächern von Gemeindeliegenschaften wird ein Rahmenkredit von CHF 460'000.- zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die einzelnen Photovoltaik-Anlagen in abschliessender Kompetenz innerhalb einer Frist von sechs Jahren auszuführen.

Die Neftenbacher Energie- und Klimapolitik

Die Gemeinde Neftenbach betreibt seit 2011 eine aktive und langfristige Energie- und Klimapolitik. Sie ist auf die Energie- und Klimapolitik des Bundes und des Kantons Zürich abgestimmt. Daraus leiten sich die wichtigsten Stossrichtungen für Neftenbach ab:

- Reduktion des Energieverbrauchs und der Treibhausgas-Emissionen durch Effizienzsteigerungen und Energieeinsparungen
- Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie (Strom, Wärme, Treibstoffe) durch Nutzung von Potenzialen in Neftenbach sowie ergänzend ausserhalb des Gemeindegebiets

Die Gemeinde Neftenbach übernimmt eine Vorbildfunktion und will bei den eigenen Anlagen und Gebäuden sowohl bei der Energieversorgung als auch im täglichen Betrieb als gutes Beispiel vorangehen. Die Gemeinde schafft aber auch die nötigen Rahmenbedingungen und Anreize für ein freiwilliges Engagement der Bevölkerung und der Unternehmen in Neftenbach. Mit einer nachhaltigen Energieversorgung können Chancen für das lokale Gewerbe genutzt und die lokale Wertschöpfung erhöht werden.

Zu den **energiepolitischen Vorzeigeprojekten**, welche bisher im Rahmen der Energiepolitik umgesetzt wurden, zählen folgende Beispiele:

- Gemeindeliegenschaften werden nach dem Gebäudestandard 2011 für öffentliche Bauten gebaut und betrieben (Z.B. Gebäudesanierungen gemäss Minergie-Sanierungsstandard, Wärmeerzeugung möglichst mit erneuerbaren Energien, Einrichtung mit energieeffizienten Geräten),
- Die Wirkung der energetischen Sanierungs- und Optimierungsmassnahmen an den Gemeindeliegenschaften wird über die eingeführte Energiebuchhaltung ermittelt,

- Der Wärmeverbund Ebni wird mit Holz- und Sonnenenergiebetrieben,
- Die Strassenbeleuchtungen werden optimiert (LED, Einschaltzeiten),
- Gemeindeeigene Photovoltaik-Anlagen werden gebaut,
- Private werden mit Förderbeiträgen unterstützt (Thermische Sonnenkollektoren, Holzheizungen und GEAK/GEAK plus),
- Mit diversen Kommunikationsmassnahmen (Veranstaltungen, Medienberichte) wird die Bevölkerung auf umwelt- und energierelevante Themen angesprochen.

Folgende **Energiepolitische Ziele** sollen u.a. erreicht werden:
- Förderprogramm mit gezielter Unterstützung von verbrauchsmindernden Massnahmen (Wärmedämmung; Minergie) und Einsatz von erneuerbarer Energie (Sonne & Holz).
- Bei thermischen Solaranlagen wird bis 2050 ein Zielwert von 1m² /Einwohner angestrebt
- Bei PV-Anlagen wird bis 2050 ein Zielwert von 1m² /Einwohner (= ca. 130 Wp/EW) angestrebt.

Und bei den öffentlichen Bauten und Anlagen, u.a.:
- Der gemeindeeigene Elektroverbrauch wird vollständig mit erneuerbarer Energie produziert,
- Senkung des Elektroverbrauchs durch den Einsatz effizienter Technologien,
- Die dezentrale Eigenproduktion von erneuerbarer Energie wird konsequent bei jeder sich bietenden Gelegenheit umgesetzt.

Zusammenhang mit dem Label „Energiestadt"

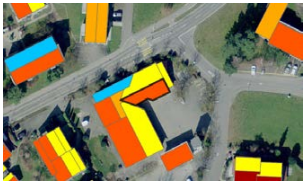
Energiestadt ist ein Programm von EnergieSchweiz unter der Leitung des Bundesamts für Energie. Das Label "Energiestadt" ist eine Auszeichnung für eine konsequente und ergebnisorientierte Energiepolitik. Gemeinden, die das Label Energiestadt tragen, durchlaufen einen umfassenden Prozess, der sie zu einer nachhaltigen Energie-, Verkehrs- und Umweltpolitik führt. Neftenbach ist seit 2011 Energiestadt zertifiziert und damit den Anforderungen für ein systematisches und ausgewogenes Bearbeiten der Energiethematik verpflichtet. Energiestädte können beim Bund Projektförderungsbeiträge beantragen, erhalten kostenlos Zugang zu Produkten sowie Erfahrungsaustausch und werden begleitet. Selbstverständlich ist das Label aber auch eine Bestätigung für die geleistete Arbeit und Ansporn für die Zukunft. Der Umwelt zuliebe.

Photovoltaikanlagen auf Gemeindeliegenschaften

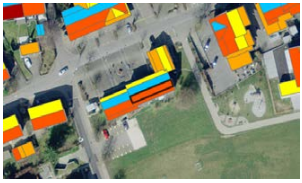
Zur Erreichung der energiepolitischen Ziele sind möglichst viele Photovoltaikanlagen notwendig. Deshalb beabsichtig der Gemeinderat sukzessive geeignete Dächer von Gemeindeliegenschaften mit Solarzellen zu bestücken.

Der Gemeinderat hat durch externe Fachplaner prüfen lassen, inwiefern sich die Dächer der öffentlichen Gebäude zur Gewinnung von Solarstrom eignen. Das Ergebnis dieser Studie zeigt auf, dass von den in Frage kommenden Gebäudeanlagen deren vier für die Installation einer Photovoltaikanlage prädestiniert sind. Massgebend für die Beurteilung waren dabei die optimale Ausrichtung, die Grösse der zur Verfügung stehenden Dachflächen, bestehende Dachaufbauten und technische Installationen (z.B. Kamine), die ästhetische Einpassung und die Konstruktion des bestehenden Daches, sowie die mögliche Einspeiseleistung in das Netz der EKZ. Der Gemeinderat strebt eine gestaffelte Umsetzung der Anlagen an, dies unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Finanzlage, der baulichen Möglichkeiten und der anstehenden Projekte. Nebst dem wirtschaftlichen Aspekt will der Gemeinderat auch ein Zeichen in Richtung ökologischer Energiegewinnung setzen und seine Vorbildfunktion wahrnehmen. Die sich für die Installation einer Photovoltaik-Anlage anbietenden schwarz umrandet dargestellten Dächer auf Liegenschaften der Gemeinde sind:

- Werkgebäude, Seuzachstrasse 24
  (ohne Feuerwehrgebäude)

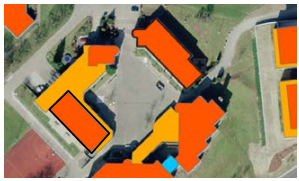


- Gemeindehaus, Schulstrasse 7



- Sportzentrum Pöschenriet

- Schulhausanlage Auenrain
  (Spezialtrakt und MZH)



| | | | |
|---|---|---|---|
| Orange Dächer: | sehr gute Eignung | Gelbe Dächer: | mittlere Eignung |
| Hellbraune Dächer: | gute Eignung | Blaue Dächer: | geringe Eignung |

Quelle: www.sonnendach.ch

Die Dachflächen dieser Gebäude lassen sich mit Modulen ausrüsten. Dachaufbau und -zustand lassen eine Installation ohne grosse bauliche Eingriffe und Anpassungen zu.

Nach den Berechnungen der Fachplaner kann mit den rund 1400 m2 Solarzellen ein jährlicher Stromertrag von rund 247'000 kWh erzeugt werden.

Ziel ist es, mit den Anlagen einerseits den eigenen Strombedarf möglichst gut abzudecken, andererseits die überschüssige Energie in das Stromverteilnetz der EKZ einzuspeisen. Mit den vier Solaranlagen könnten somit knapp 30% des eigenen Gesamtstromverbrauchs der Gebäude gedeckt werden.

Wirtschaftlichkeit der Photovoltaikanlagen

Die geplanten Photovoltaik-Anlagen werden während ihrer voraussichtlichen Betriebsdauer von 30 Jahren gesamthaft eine Stromproduktion von etwa 7,4 Mio. kWh (7.4 GWh) liefern.
Bei einer Einspeisevergütung (Verkauf) von 5.4 Rappen pro kWh und einem Strompreis (Einkauf) von durchschnittlich 16 Rappen pro kWh ergeben sich die folgenden Erträge und Kosten über die ganze Betriebsdauer:

*Kalkulations-**Variante A: Lebensdauer 30 Jahre (realistische Erfahrungswerte)***

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Investitionen, inkl. MWSt | 457 100 | CHF | Produzierte Energie pro Jahr | 246 986 | kWh |
| abzüglich Förderungen | - 90 500 | CHF | | | |
| Nettoinvestitionen | 366 600 | CHF | | | |
| | | | Produzierte **Erlöse** pro Jahr | | |
| Lebensdauer | 30 | Jahre | davon für Eigenverbrauch | 17 360 | CHF |
| Kapitalkosten pro Jahr | 12 220 | CHF | davon Netzeinspeisung | 7 590 | CHF |
| | | | Total Ersparnisse pro Jahr | 24 950 | CHF |

Amortisationsdauer (alle Anlagen) 14 Jahre
Cashflow (Ertragsüberschuss) 406 694 CHF
Gemäss dem gesetzlichen Bruttoprinzip werden die Brutto-Investitionen im Antrag eingesetzt. Die aufgeführten Förderbeiträge von CHF 90 500.- sind aufgrund der Annahme des Energiegesetzes (EnG) vom 21.05.2017 jedoch gesichert.

*Kalkulations-**Variante B: Lebensdauer 25 Jahre***

Auf Wunsch der Rechnungsprüfungskommission (RPK) wurde die Computersimulation mit folgenden Parametern ergänzt:

- Lebensdauer von 25 Jahren
- 0.5% Leistungsdegeneration pro Jahr
- 1 Wechselrichterersatz innerhalb der Lebensdauer
- Kollektorreinigung (Pöschenriet und Auenrain [ohne Reinigung berechnet sind Kollektoren auf den Steildächern vom Werkgebäude und Gemeindehaus)

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Investitionen, inkl. MWSt | 457 100 | CHF | Produzierte Energie | | |
| Ersatz Wechselrichter | 26 700 | CHF | pro Jahr | 247 129 | kWh |
| abzüglich Förderungen | - 90 500 | CHF | | | |
| Nettoinvestitionen | 393 300 | CHF | Produzierte **Erlöse** pro Jahr | | |
| | | | davon für Eigenverbrauch | 17 325 | CHF |
| Lebensdauer | 25 | Jahre | davon Netzeinspeisung | 7 580 | CHF |
| Kapitalkosten pro Jahr | 15 732 | CHF | Total Ersparnisse pro Jahr | 24 905 | CHF |

| | |
|---|---|
| Amortisationsdauer (alle Anlagen) | 19 Jahre |
| Cashflow (Ertragsüberschuss) | 165 948 CHF |

Nähere Angaben sind ist in den nachfolgenden Tabellen ersichtlich.

Energiespeicherung

Es liegt in der Natur der Sache, dass Photovoltaik-Anlagen tagsüber und in aller Regel mehr als zu diesem Zeitpunkt benötigt wird Strom produzieren. Die überschüssige Energie fliesst ins Stromnetz und wird von den EKZ zu einem tiefen Preis entschädigt. Je tiefer diese Einspeisevergütung ist, desto wirtschaftlicher werden Energiespeicher für Photovoltaikanlagen. Mit den Energiespeichern kann mehr Solarstrom selbst verbraucht werden und Strom muss nicht teuer dazugekauft werden. Kann also Strom, der aktuell nicht benötigt wird, in einem Speicher auf Vorrat gehalten werden, steigt somit der Eigenverbrauchsanteil. Der Gemeinderat hat diesen Sachverhalt mit der Energiespeicherung untersucht und kommt zum Schluss, dass sich die Energiespeicherung zum jetzigen Zeitpunkt aus wirtschaftlicher Sicht nicht lohnt. Ausserdem eignen sich die ausgewählten Gemeindeliegenschaften sehr wohl für Photovoltaikanlagen, bedingt durch den Tages-Benutzerbetrieb (Schule, Gemeindehaus usw.) weniger für die Energiespeicherung. Der Gemeinderat wird die ökonomische und ökologische Situation weiter beobachten und zur gegebenen Zeit ein konkretes Speicher-Projekt ausarbeiten.

Schlussbemerkungen

Die geplanten Photovoltaik-Anlagen sind nicht die ersten Anlagen der Gemeinde zur Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen. Auf einigen öffentlichen Gebäuden sind schon solche Anlagen installiert, zwei Solaranlagen zur Warmwasseraufbereitung und eine Photovoltaik-Anlage zur Stromerzeugung. Die vorliegenden Projekte erlauben, sonst brachliegende Fläche aktiv und sinnvoll zu nutzen und zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien beizutragen. Der Beitrag ist mit rund total 250'000 Kilowattstunden pro Jahr erheblich und gleichzeitig äusserst wirtschaftlich. Für den Gemeinderat steht als ein Grundsatz seiner energiepolitischen Ausrichtung fest, dass Projekte wie die vorliegenden notwendig sind, wenn man zum Ziel einer nachhaltigen und umweltverträglichen Energieverwendung und Energieproduktion gelangen will. Der Antrag verdient die Zustimmung der Gemeinde.

Rahmenkredit

Damit der Gemeinderat in Zukunft die Reihenfolge der Ausführung in seiner Kompetenz tätigen kann, beantragt er der Gemeindeversammlung einen Rahmenkredit gemäss dem gesetzlichen Bruttoprinzip ohne Fördergelder von CHF 460'000 (inkl. MwSt.). Dieser Kredit ist ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Beschlusses auf eine Dauer von sechs Jahren befristet und ermöglicht den nötigen Handlungsspielraum für die Realisierung der Bauausführung. Nach Ablauf der Frist von sechs Jahren wird der Gemeinderat über die ausgeführten Anlagen Bericht erstatten und eine Kreditabrechnung unterbreiten.

Rechtsgrundlage

Die Gemeinden haben die Möglichkeit, verschiedene Einzelvorhaben (Objektkredite), die in einer sachlichen Beziehung zueinander stehen, in einem Rahmenkredit zusammenzufassen. Beim Beschluss über einen Rahmenkredit muss die Gemeindeversammlung bestimmen, wer die einzelnen Objektkredite beschliessen kann.

**Empfehlung an die Stimmberechtigten**
Den Stimmberechtigten wird die Vorlage zur Annahme empfohlen.

Neftenbach, 6. Oktober 2017

NAMENS DES GEMEINDERATES
Der Gemeindepräsident: Martin Huber
Der Gemeindeschreiber: Hannes Friess

**Abschied der Rechnungsprüfungskommission**

Änderungsantrag

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, einen Rahmenkredit über CHF 300'000 (inkl. MWST) - statt wie vom Gemeinderat beantragt über CHF 460'000 (inkl. MWST) - zu genehmigen. Zudem sei auf den Bau einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Sportzentrums Pöschenriet einstweilen zu verzichten.

Begründung

Von Gesetzes wegen prüft die RPK alle Anträge von finanzieller Tragweite an die Gemeindeversammlung. Sie klärt die finanzielle Zulässigkeit, die finanzielle Angemessenheit und die rechnerische Richtigkeit ab. Die RPK prüfte vorliegend primär die Berechnungen zur Wirtschaftlichkeit der geplanten Anlagen. Nach Vorsprache bei der Umwelt- und Energiekommission (UEK) kam die RPK zum Schluss, dass die im Beschluss des Gemeinderates vom 28. Juli 2017 erwähnten Rentabilitätskennzahlen zu günstig ausfallen. Die UEK liess die Kalkulationen daraufhin nochmals überarbeiten und berechnete die Rendite alternativ auf Basis einer 25-jährigen Nutzungsdauer und unter Berücksichtigung der betrieblichen Folgekosten neu (inkl. Ersatz Wechselrichter und periodische Reinigungen). Wie aus diesen alternativen Berechnungen ersichtlich ist, würde die teuerste Anlage auf dem Dach des Sportzentrums Pöschenriet diejenige mit der tiefsten Gesamtkapitalrendite sein. Diese Renditeberechnungen sind aber infolge von gegebenen Planungsunsicherheiten mit Vorsicht zu geniessen. Entscheidender ist nach Ansicht der RPK vielmehr, dass die Amortisationsdauer für die geplante Anlage auf dem Sportzentrum Pöschenriet lange 18 Jahren betragen soll (Alternativvariante gar 23 Jahre). Mit anderen Worten muss die Anlage 18 Jahre (ohne Reparaturen) in Betrieb sein, bevor sie Gewinne abwerfen würde. Ein derart langer Planungshorizont birgt Unvorhersehbarkeiten, welche sich negativ auf die Wirtschaftlichkeit auswirken.

Die RPK empfiehlt der Gemeindeversammlung aus Gründen der fehlenden Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit, insbesondere wegen dem in der Mittelfristplanung der Gemeinde ausgewiesenen überdurchschnittlich hohen Investitionsbedarfs in den kommenden 4 Jahren, lediglich einen Rahmenkredit von CHF 300'000 (inkl. MWST) für die Realisierung der Anlagen Werkgebäude, Gemeindehaus und Schulanlage Auenrain - auf die Dauer von 6 Jahren befristet - zu sprechen. Die geplante Photovoltaikanlage auf dem Dach des Sportzentrums Pöschenriet sei einstweilen aus der Kreditvorlage zu nehmen.

Neftenbach, 17. Oktober 2017

NAMENS DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION
Der Präsident: Fabian Utzinger
Der Aktuar: Jürg Berweger

Kalkulations-Variante A: 30 Jahre Lebensdauer

Zusammenstellung Wirtschaftlichkeit / Photovoltaikanlagen

| | **Werkgebäude** (ohne Feuerwehrgebäude) | | **Gemeindehaus** | | **Sportzentrum Pöschenriet** | | **Schulanlage Auenrain** | | **Total** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **PV-Flächen** | **119 m²** | | **145 m²** | | **612 m²** | | **573 m²** | | **1 448 m²** |
| PV-Generatorleistung | 21,9 kW | | 26,7 kW | | 112,8 kW | | 105,6 kW | | |
| Produzierte Energie pro Jahr | 21 420 kWh | | 27 543 kWh | | 102 112 kWh | | 95 911 kWh | | 246 986 kWh |
| davon für Eigenverbrauch | 11 389 kWh | 1 853 CHF | 8 170 kWh | 1 326 CHF | 26 091 kWh | 4 247 CHF | 60 762 kWh | 9 934 CHF | 106 412 kWh |
| davon Netzeinspeisung | 10 031 kWh | 542 CHF | 19 373 kWh | 1 046 CHF | 76 021 kWh | 4 105 CHF | 35 149 kWh | 1 898 CHF | 140 574 kWh |
| Eigenverbauchsanteil aus PV | 53,2 % | | 29,7 % | | 25,6 % | | 63,4 % | | |
| Gebäudeverbrauch pro Jahr | 32 011 kWh | | 18 011 kWh | | 72 040 kWh | | 261 636 kWh | | |
| Solarer Deckungsanteil | 35,6 % | | 45,4 % | | 36,2 % | | 23,2 % | | |
| Investitionen | | 50 400 CHF | | 50 600 CHF | | 183 900 CHF | | 172 200 CHF | 457 100 CHF |
| abz. Förderungen | | 10 200 CHF | | 13 400 CHF | | 33 800 CHF | | 33 100 CHF | 90 500 CHF |
| **Nettoinvestitionen** | | **40 200 CHF** | | **37 200 CHF** | | **150 100 CHF** | | **139 100 CHF** | **366 600 CHF** |
| Lebensdauer der Anlage | 30 Jahre | | 30 Jahre | | 30 Jahre | | 30 Jahre | | |
| **Kapitalkosten pro Jahr** | | **1 340 CHF** | | **1 240 CHF** | | **5 003 CHF** | | **4 637 CHF** | **12 220 CHF** |
| **Stromeinsparnisse Ø pro Jahr** | | **2 474 CHF** | | **2 450 CHF** | | **8 627 CHF** | | **12 226 CHF** | **25 776 CHF** |
| **Total Ertragsüberschuss** | | **34 021 CHF** | | **36 290 CHF** | | **108 705 CHF** | | **227 678 CHF** | **406 694 CHF** |
| **Ertragsüberschuss pro Jahr** | | **1 134 CHF** | | **1 210 CHF** | | **3 624 CHF** | | **7 589 CHF** | **13 556 CHF** |
| Amortisationsdauer | 16,8 Jahre | | 15,7 Jahre | | 18,0 Jahre | | 11,8 Jahre | | |
| Gesamtkapitalrendite | 4,3 % | | 4,8 % | | 3,7 % | | 7,5 % | | |

Dynamische Berechnung (0 % Zinsen, 0% Strompreisänderung)

Kalkulations-Variante B: 25 Jahre Lebensdauer

Zusammenstellung Wirtschaftlichkeit / Photovoltaikanlagen

| | **Werkgebäude** (ohne Feuerwehrgebäude) | | **Gemeindehaus** | | **Sportzentrum Pöschenriet** | | **Schulanlage Auenrain** | | **Total** |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **PV-Flächen** | **119 m²** | | **145 m²** | | **612 m²** | | **573 m²** | | **1 448 m²** |
| PV-Generatorleistung | 21,9 kW | | 26,7 kW | | 112,8 kW | | 105,6 kW | | |
| Produzierte Energie pro Jahr | 21 563 kWh | | 27 543 kWh | | 102 112 kWh | | 95 911 kWh | | 247 129 kWh |
| davon für Eigenverbrauch | 11 431 kWh | 1 855 CHF | 8 170 kWh | 1 322 CHF | 26 091 kWh | 4 237 CHF | 60 762 kWh | 9 910 CHF | 106 454 kWh |
| davon Netzeinspeisung | 10 132 kWh | 546 CHF | 19 373 kWh | 1 044 CHF | 76 021 kWh | 4 096 CHF | 35 149 kWh | 1 894 CHF | 140 675 kWh |
| Eigenverbauchsanteil aus PV | 53,0 % | | 29,7 % | | 25,6 % | | 63,4 % | | |
| Gebäudeverbrauch pro Jahr | 32 019 kWh | | 18 011 kWh | | 72 040 kWh | | 261 636 kWh | | |
| Solarer Deckungsanteil | 35,7 % | | 45,4 % | | 36,2 % | | 23,2 % | | |
| Investitionen | | 50 400 CHF | | 50 600 CHF | | 183 900 CHF | | 172 200 CHF | 457 100 CHF |
| Ersatz Wechselrichter | | 3 300 CHF | | 3 400 CHF | | 10 000 CHF | | 10 000 CHF | 26 700 CHF |
| abz. Förderungen | | 10 200 CHF | | 13 400 CHF | | 33 800 CHF | | 33 100 CHF | 90 500 CHF |
| **Nettoinvestitionen** | | **43 500 CHF** | | **40 600 CHF** | | **160 100 CHF** | | **149 100 CHF** | **393 300 CHF** |
| Lebensdauer der Anlage | 25 Jahre | | 25 Jahre | | 25 Jahre | | 25 Jahre | | |
| **Kapitalkosten pro Jahr** | | **1 740 CHF** | | **1 624 CHF** | | **6 404 CHF** | | **5 964 CHF** | **15 732 CHF** |
| Stromeinsparnisse Ø pro Jahr | | 2 371 CHF | | 2 304 CHF | | 7 177 CHF | | 10 518 CHF | 22 370 CHF |
| abz. Betriebskosten pro Jahr* | | - CHF | | - CHF | | 900 CHF | | 950 CHF | 1 850 CHF |
| **Total Ersparnisse Ø pro Jahr** | | **2 371 CHF** | | **2 304 CHF** | | **6 277 CHF** | | **9 568 CHF** | **20 520 CHF** |
| **Total Ertragsüberschuss** | | **15 777 CHF** | | **17 003 CHF** | | **19 319 CHF** | | **113 849 CHF** | **165 948 CHF** |
| **Ertragsüberschuss pro Jahr** | | **631 CHF** | | **680 CHF** | | **773 CHF** | | **4 554 CHF** | **6 638 CHF** |
| Amortisationsdauer | 18,8 Jahre | | 17,9 Jahre | | 23,0 Jahre | | 15,6 Jahre | | |
| Gesamtkapitalrendite | 2,4 % | | 2,8 % | | 0,8 % | | 4,8 % | | |

Dynamische Berechnung (0 % Zinsen, 0% Strompreisänderung, 0.5% **Leistungsdegeneration** pro Jahr, inkl. 1 Wechselrichterersatz innerhalb 25 Jahren). * Kollektorreinigung

**Traktandum 5**

## Revision Zweckverbandsstatuten Spitex Neftenbach-Pfungen-Dättlikon

**Antrag an die Gemeindeversammlung**

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, zu **beschliessen**:

1. Die revidierten Statuten des Zweckverbands Spitex Neftenbach-Pfungen-Dättlikon werden genehmigt.

2. Die Betriebskommission wird ermächtigt, allfällige redaktionelle Änderungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens mit dem Kanton vorzunehmen, sofern diese keine wesentlichen Auswirkungen haben.

Vorbemerkungen

Ende 2012 haben die Stimmberechtigten der politischen Gemeinden Neftenbach, Pfungen und Dättlikon der Gründung des Zweckverbands Spitex Neftenbach-Pfungen-Dättlikon zugestimmt und die Zweckverbandsstatuten genehmigt.

Am 01.01.2018 wird das neue Gemeindegesetz in Kraft gesetzt. Sämtliche Zweckverbände müssen ihre Statuten gemäss neuem Gemeindegesetz bis spätestens 2022 anpassen. Die Betriebskommission des Zweckverbands Spitex Neftenbach-Pfungen-Dättlikon hat beschlossen, die Statutenrevision noch dieses Jahr durchzuführen. Damit können die neuen Zweckverbandsstatuten der Budgetgemeindeversammlung 2017 der drei beteiligten Gemeinden zur Abstimmung vorgelegt werden. Ab 2018 schreibt das neue Gemeindegesetz vor, über Änderungen der Statuten an der Urne abzustimmen. Es ist vorgesehen, die Zweckverbandsstatuten nach Genehmigung durch die Stimmberechtigten und den Regierungsrat auf 01.01.2019 in Kraft zu setzen.

In den Artikeln wie Verbandszweck, Verbandsorgane, Finanzkompetenzen und Finanzierung des Zweckverbands bleiben die Regelungen unverändert. In folgenden wichtigen Punkten werden die Zweckverbandsstatuten dem neuen Gemeindegesetz angepasst.

Art. 6 Entschädigung
Neu muss in den Statuten die Entschädigung an die von den Gemeinderäten in die Betriebskommission abgeordneten Mitglieder sowie für die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission geregelt werden.

Art. 13 Aufgaben und Kompetenzen der einzelnen Verbandsgemeinden
Gemäss neuem Gemeindegesetz müssen ab 2018 die Stimmberechtigten über Änderungen der Statuten an der Urne abstimmen.

Art. 16 Zusammensetzung (Betriebskommission)
Neu wird in den Statuten geregelt, dass die Mitglieder der Betriebskommission auch Mitglieder des Gemeinderats ihrer Gemeinde sein müssen.

Art. 17 Konstituierung (Betriebskommission)
Die Betriebskommission darf sich nicht mehr selber konstituieren. Sie muss sich an der ersten Sitzung unter dem Vorsitz des bisherigen Präsidiums des Zweckverbands konstituieren.

Art. 18 Offenlegung der Interessenbindungen
Die Mitglieder der Betriebskommission müssen neu ihre Interessenbindungen offen legen. In den Statuten wird geregelt, dass diese nach dem entsprechenden Organisationserlass der Gemeinde Pfungen erfolgen soll.

Art. 26 Zusammensetzung (Rechnungsprüfungskommission)
Die Rechnungsprüfungskommission des Zweckverbands darf sich nicht mehr selber konstituieren. Die Konstituierung erfolgt neu unter dem Vorsitz der Gemeindepräsidentin oder dem Gemeindepräsidenten der Sitzgemeinde Pfungen.

Art. 31 und 32 betreffend Prüfstelle
Dies ist eine zwingende Anpassung der Zweckverbandsstatuten aufgrund des neuen Gemeindegesetzes (finanztechnische Prüfung).

Art. 44 Einführung eigener Haushalt
Das neue Gemeindegesetz bestimmt, dass mit der Einführung des neuen Rechnungsmodells (HRM2) ab 01.01.2019 auch der Zweckverband Spitex Neftenbach-Pfungen-Dättlikon einen eigenen Finanzhaushalt mit Bilanz führen muss.

<u>Vorprüfung und Vernehmlassung</u>

Die von der Betriebskommission überarbeiteten Zweckverbandsstatuten wurden dem Gemeindeamt des Kantons Zürich zur Vorprüfung eingereicht. Im Weiteren wurden die überarbeiteten Zweckverbandsstatuten den Gemeinderäten von Neftenbach, Pfungen und Dättlikon zur Vernehmlassung zugestellt. Die vom Gemeindeamt erfolgten Hinweise und diejenigen der Gemeinderäte sind in den zur Genehmigung vorliegenden Zweckverbandsstatuten berücksichtigt.

**Empfehlung an die Stimmberechtigten**
Den Stimmberechtigten wird die Vorlage zur Annahme empfohlen.

Neftenbach, 6. Oktober 2017

NAMENS DES GEMEINDERATES
Der Gemeindepräsident: Martin Huber
Der Gemeindeschreiber: Hannes Friess

**Abschied der Rechnungsprüfungskommission des Spitex-Zweckverbands**

Empfehlung

Den Stimmberechtigten wird die Vorlage zur Annahme empfohlen

Neftenbach, 18. September 2017

NAMENS DER RPK
Der Präsident: Fabian Utzinger
Die Aktuarin: Irene Modena

**Traktandum 6**

# Revision Zweckverbandsstatuten Regionalplanung Winterthur und Umgebung

**Antrag an die Gemeindeversammlung**

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, zu **beschliessen**:

1. Den revidierten Statuten des Zweckverbandes «Regionalplanung Winterthur und Umgebung» (RWU) vom 28. Juni 2017 wird zugestimmt.

2. Der Vorstand der RWU wird ermächtigt, geringfügige Korrekturen an den Statuten in eigener Kompetenz vorzunehmen.

Vorbemerkungen

Per 1. Januar 2018 tritt die neue Gemeindegesetzgebung im Kanton Zürich in Kraft. Die Statuten des Zweckverbands der Regionalplanung Winterthur und Umgebung (RWU) müssen deswegen angepasst werden. Die Delegiertenversammlung der RWU hat die neuen Statuten am 28. Juni 2017 genehmigt.

Zweck der Regionalplanung Winterthur und Umgebung

Die Kantonsverfassung und das Gemeindegesetz im Kanton Zürich sehen vor, dass sich Gemeinden zur gemeinsamen Erfüllung einer oder mehrerer Aufgaben zu Zweckverbänden zusammenschliessen können. Die politischen Gemeinden des Bezirks Winterthur sowie die im Bezirk Pfäffikon gelegenen politischen Gemeinden Illnau-Effretikon, Lindau und Weisslingen bilden zusammen seit 1966 den regionalen Planungszweckverband Regionalplanung Winterthur und Umgebung (RWU). Nach § 12 Abs. 1 Planungs- und Baugesetz (PBG) schliessen sich die Gemeinden zur Mitwirkung an der überkommunalen Raumplanung zu Zweckverbänden zusammen. Die RWU fördert eine geordnete räumliche Weiterentwicklung im Verbandsgebiet. Sie arbeitet die dazu notwendigen regionalen Richtpläne aus und hilft mit, die Planungen der Mitgliedgemeinden auf regionale Ziele auszurichten und wirkt beim Vollzug dieser Planungen beratend mit. Gemäss § 13 Abs. 1 PBG erarbeiten die regionalen Planungsverbände die Grundlagen und Ziele der räumlichen Entwicklung ihres Gebietes und behandeln die Vorlagen zu den regionalen Richtplänen aufgrund von Initiativen, von Anträgen ihres Vorstands oder von Aufträgen der zuständigen Direktion. Diese Zweckbestimmungen des PBG wurden in Art. 2 der RWU-Statuten übernommen.

Auslöser für die Statutenrevision ist das neue Gemeindegesetz

Das neue Gemeindegesetz wurde am 20. April 2015 durch den Kantonsrat verabschiedet. Die dazugehörende Verordnung wurde am 29. Juni 2016 vom Regierungsrat beschlossen und vom Kantonsrat genehmigt. Sie treten auf den 1. Januar 2018 in Kraft. Die neue Gemeindegesetzgebung hat zur Folge, dass die Statuten der RWU angepasst werden müssen (z.B. bezüglich des Finanzhaushaltes). Zusätzlich wurden folgende Anpassungen vorgenommen: Kyburg, Hofstetten und Bertschikon sind aufgrund der Gemeindefusionen keine eigenen Verbandsgemeinden mehr, die Anzahl der Delegierten wurde auf Antrag der Stadt Winterthur angepasst (von 4 auf 8 Delegierte verdoppelt) sowie die personelle Zusammensetzung der Rechnungsprüfungskommission dem Ist-Zustand angepasst.

Ablauf der Statutenrevision

Nachdem die Delegiertenversammlung der RWU die neuen Verbandsstatuten am 28. Juni 2017 bereinigt und verabschiedet hat, haben nun die zuständigen Organe der einzelnen Verbandsgemeinden darüber zu befinden. In Neftenbach ist dafür die Gemeindeversammlung zuständig. Sobald alle Gemeinden den neuen Verbandsstatuten zugestimmt haben, muss die RWU noch die Genehmigung des Regierungsrates einholen. Es ist vorgesehen, die neuen Verbandsstatuten am 1. Januar 2019 in Kraft zu setzen.

Die wichtigsten Bestimmungen und Änderungen der neuen Statuten

Art. 1 Bestand:
Bertschikon, Hofstetten und Kyburg werden in der Aufzählung der Verbandsgemeinden gestrichen.

Art 2 Zweck:
Der Zweck und das Ziel des Zweckverbands sind im Planungs- und Baugesetz beschrieben. Dies soll auch aus der Zweckbestimmung in den Statuten ersichtlich sein. Deshalb wurde die Zweckbestimmung in den Statuten entsprechend erweitert, überarbeitet und aktualisiert.

Art. 8 Publikation und Information:
Die Statuten sehen vor, dass amtliche Publikationen nur noch in elektronischer Form (auf der RWU-Website) vorzunehmen sind. Die Publikation im Amtsblatt soll beibehalten werden. Die direkten Adressaten der Regionalplanung sind die Gemeinden bzw. die Delegierten in den Verbandsgemeinden. Diesen werden zum einen überkommunal bedeutende Stellungnahmen digital zugestellt und zum anderen wird der Verbandsvorstand die Gemeinden periodisch über wesentliche Verbandsangelegenheiten orientieren.

Art. 9 Verfahren:
Es gilt weiterhin das «Ständemehr». Das heisst, dass der Verbandsvorstand die Vorlage zuhanden der Urnenabstimmung verabschiedet. Eine Vorlage ist dann angenommen, wenn sie die Mehrheit der Stimmen und die Mehrheit der Gemeinden auf sich vereinigt. Mit dem «Ständemehr» soll einem allfälligen Ungleichgewicht ausgelöst durch künftige Gemeindefusionen entgegengewirkt werden.

Art. 10, 19, 29 Finanzkompetenzen:
Betreffend den Finanzbefugnissen von Stimmberechtigten, Vorstand und Delegiertenversammlung wurden keine Änderungen der Finanzkompetenzen zu den bisherigen Statuten vorgenommen.

Art. 14 Aufgaben und Kompetenzen der einzelnen Verbandsgemeinden:
Die Stimmberechtigten der einzelnen Verbandsgemeinden beschliessen je an der Urne neu über Änderungen der Statuten, Kündigung der Mitgliedschaft oder die Auflösung des Zweckverbands. Bei Urnenabstimmungen in den Verbandsgemeinden über die Auflösung des Zweckverbands sowie über grundlegende Änderungen der Statuten übt das Gemeindeparlament oder in Versammlungsgemeinden der Gemeindevorstand ein eigenes Antragsrecht neben dem Antragsrecht des Verbandsvorstands aus.

Art. 15 Beschlussfassung in der Verbandsgemeinden:
Grundsätzlich gelten Mehrheitsbeschlüsse der Verbandsgemeinden. Davon ausgenommen sind z.B. grundlegende Änderungen der Statuten. Diese bedürfen wie gehabt der Zustimmung aller Verbandsgemeinden.

Art. 16 Zusammensetzung der Delegiertenversammlung:
Wie bisher muss mindestens eine Delegierte bzw. ein Delegierter jeder Gemeinde der Exekutive angehören. Jede Verbandsgemeinde ist mit zwei Mitgliedern in der Delegiertenversammlung vertreten. Neu hat pro 10'000 Personen eine Verbandsgemeinde Anspruch auf je einen zusätzlichen Delegierten oder eine zusätzliche Delegierte. Die Maximalzahl der Anzahl Delegierten pro Gemeinde ist auf acht Delegierte limitiert. Die Winterthurer Delegierten vertreten durch die Delegierte Katrin Cometta beantragten an der Delegiertenversammlung vom 28. Juni 2017, dass an der ursprünglichen Zusammensetzung gemäss Vernehmlassung der Statuten festgehalten werden solle. 13 Delegierte seien für Winterthur unter der Berücksichtigung der Stellung und Bedeutung der Stadt in der Region absolut gerechtfertigt und nachvollziehbar. Der Antrag wurde mit 32 Nein-Stimmen zu 5 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Die Anzahl Delegierten für die Stadt Winterthur wird von bisher 4 auf neu 8 Delegierte erhöht.

Art. 19 Kompetenzen der Delegiertenversammlung:
Die Aufzählung der Kompetenzen der Delegiertenversammlung wurde ergänzt, überarbeitet und aktualisiert. Unter anderem ist die Delegiertenversammlung für die Wahl des Präsidenten

oder der Präsidentin, der Vizepräsidenten und der übrigen Mitglieder des Verbandsvorstandes, die alle nicht der Delegiertenversammlung angehören dürfen, zuständig. Der Verbandsvorstand setzt sich aus Exekutivmitgliedern zusammen: zwei der Stadt Winterthur, einem der Stadt Illnau-Effretikon und vier der übrigen Verbandsgemeinden. Dass im Vorstand die Exekutive der Stadt Illnau-Effretikon vertreten ist, wird neu in den Statuten verankert.

Art. 21 Einberufung:
An der Delegiertenversammlung hat der RWU-Vorstand den Antrag gestellt, die Delegiertenversammlung sei in der Regel mindestens nur einmal anstatt wie gemäss Musterstatuten vorgesehen zweimal einzuberufen. Begründung: Die Delegiertenversammlung hat von Gesetzes wegen in einem Jahr mindestens die zwei folgenden Geschäft zu beschliessen: Festsetzung Budget und Genehmigung Jahresrechnung. Die RWU führte bisher jedoch in der Regel eine Delegiertenversammlung pro Jahr durch. Dies ist auch vor dem Hintergrund erklärbar, dass die RWU unter anderem keine Investitionen und kaum Ausgaben tätigt und sich somit die Jahresrechnung nur aus wenigen Buchungen zusammensetzt. Auch das Budget ist schlank und übersichtlich und bereits zu Beginn des Vorjahres bekannt. Die Vorbereitungsarbeiten halten sich jeweils in Grenzen. Vom Bezirksrat ist diese Tatsache (nur eine Versammlung durchzuführen) nie angesprochen oder moniert worden.

Art. 33 Zusammensetzung der Rechnungsprüfungskommission (RPK):
Die Art. 33 bis 39 wurden entsprechend der Mustervorlage des Gemeindeamts überarbeitet und neu formuliert. Kapitel 3, Finanzhaushalt: Jeder Zweckverband hat gemäss neuem Gemeindegesetz, dass auf den 1. Januar 2018 in Kraft tritt, einen eigenen Haushalt mit Bilanz. Die Zweckverbände können frühestens ab 1. Januar 2019 und müssen spätestens ab 1. Januar 2022 einen eigenen Haushalt führen. Die RWU wird per 1. Januar 2019 einen eigenen Finanzhaushalt einführen.

Art. 41 Finanzierung der Betriebskosten:
Weiterhin gilt, dass die Betriebskosten im Verhältnis der Einwohnerzahl der Verbandsgemeinden getragen werden.

Weiteres Vorgehen:
Nachdem die Delegiertenversammlung der RWU diese neuen Verbandsstatuten am 28. Juni 2017 bereinigt und genehmigt hat, haben nun die zuständigen Organe der einzelnen Verbandsgemeinden darüber zu befinden. In Gemeinde ist für die neuen Verbandsstatuten gemäss der Gemeindeordnung die Gemeindeversammlung zuständig. Anschliessend ist durch die RWU die Genehmigung des Regierungsrates einzuholen. Es ist vorgesehen, die neuen Verbandsstatuten am 1. Januar 2019 in Kraft zu setzen.

**Empfehlung an die Stimmberechtigten**
Den Stimmberechtigten wird die Vorlage zur Annahme empfohlen.

Neftenbach, 6. Oktober 2017

NAMENS DES GEMEINDERATES
Der Gemeindepräsident: Martin Huber
Der Gemeindeschreiber: Hannes Friess

**Abschied der Rechnungsprüfungskommission des RWU-Zweckverbands**

Den Stimmberechtigten wird die Vorlage zur Annahme empfohlen

Winterthur, 15. September 2017

NAMENS DER RPK
Der Präsident: Ruedi Bosshart
Der Aktuar: Thomas Schumacher

**Traktandum 7**

## Revision Zweckverbandsstatuten Schulpsychologischer Dienst

**Antrag an die Gemeindeversammlung**

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, zu **beschliessen**:

Der Statutenänderung des Zweckverbands Schulpsychologischer Dienst Winterthur-Land wird im Zusammenhang mit dem Beitrittsgesuch der Primarschulgemeinde Dägerlen zugestimmt. Artikel 1 der Zweckverbandsstatuten (Bestand) wird per 1. Januar 2018 entsprechend geändert. Die Genehmigung der Statutenänderung gilt vorbehältlich der Zustimmung der Gemeindeversammlung der Primarschulgemeinde Dägerlen vom 23. November 2017.

Ausgangslage

Die Primarschule Dägerlen zählt rund 125 Schülerinnen und Schüler. Die Schulgemeinde führte bis jetzt einen eigenen Schulpsychologischen Einzeldienst, was mit den geänderten gesetzlichen Vorgaben (mindestens drei Vollzeitstellen für einen Dienst) nicht mehr möglich ist. Der Zweckverband SPDWL ist der Träger des Schulpsychologischen Dienstes Winterthur-Land. Er garantiert die schulpsychologische Grundversorgung der Verbandsgemeinden und erfüllt die kantonalen Anforderungen bereits. Per Brief vom 12. Juni 2017 an den Vorstand des Zweckverbands beantragte die Primarschulpflege Dägerlen den Beitritt. Die Gemeinde Neftenbach ist Mitglied und muss, wie alle bisherigen Zweckverbandsgemeinden, gemäss Statuten einen Neubeitritt genehmigen.

Erwägungen

Der Beitritt zum Zweckverband ermöglicht der Schulgemeinde Dägerlen, die gesetzlichen Auflagen bezüglich schulpsychologischem Dienst zu erfüllen. Mit der Zustimmung zum Beitritt zeigen sich die Zweckverbandsgemeinden solidarisch.

Der Zweckverbandsvorstand sieht keine Hindernisse: Der Zweckverband ist in der Lage, mit der bisherigen Infrastruktur der Schule Dägerlen die schulpsychologischen Leistungen anzubieten. Der Beitritt erfordert lediglich eine rund 10%-Erhöhung der Stellenprozente der künftigen zuständigen Schulpsychologin. Diese Lohnkosten werden von der Schulgemeinde Dägerlen übernommen.

Die Schulgemeinde Dägerlen wird die – gleichbleibenden – Allgemeinkosten (Verwaltung, Miete, Material) des Zweckverbands mittragen, was für die bisherigen Gemeinden von Vorteil sein wird.

Es ist aus organisatorischen Gründen wichtig, dass die Abstimmungen bis Ende 2017 durchgeführt werden. Sollte – wider Erwarten – die Primarschulgemeinde Dägerlen den Beitritt ablehnen, wären die vor dem 23. November gefassten Beschlüsse der Zweckverbandsgemeinden hinfällig.

**Empfehlung an die Stimmberechtigten**
Den Stimmberechtigten wird die Vorlage zur Annahme empfohlen

Neftenbach, 6. Oktober 2017

NAMENS DES GEMEINDERATES
Der Gemeindepräsident: Martin Huber
Der Gemeindeschreiber: Hannes Friess

**Abschied der Rechnungsprüfungskommission des Zweckverbands SPDWL**

Empfehlung

Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) des Zweckverbands Schulpsychologischer Dienst Winterthur-Land empfiehlt, die Statutenänderung zu genehmigen.

Turbenthal, 19. Oktober 2017

NAMENS DER RPK DES ZWECKVERBANDS SPDWL
Der RPK-Präsident: Roland Kessler

**Traktandum 8**

## Anpassung Entschädigungsverordnung

### Antrag an die Gemeindeversammlung

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, zu **beschliessen**:

Der Anpassung der Entschädigungsverordnung für Behördenmitglieder mit Wirkung ab Beginn der neuen Amtsperiode 2018-2022 wird zugestimmt.

Erläuterungen

Die Entschädigungsverordnung regelt die Entschädigungen, Zulagen, Spesenvergütungen sowie den Versicherungsschutz der Behörden, Kommissionen und nebenamtlichen Funktionären der Gemeinde Neftenbach. Die letzte Anpassung der Entschädigungsverordnung geht auf das Jahr 2009 zurück, wonach die Entschädigung für die Sozialbehörde von CHF 14'000 auf CHF 20'000 erhöht wurde. Die aktuellen Entschädigungsansätze gelten seit 15 Jahren und sind seither lediglich um die Teuerung von insgesamt 6,41 % erhöht worden. Im Hinblick auf die nächste Amtsperiode 2018-2022 soll die Entschädigungsverordnung in folgenden Punkten angepasst werden:

**Gleiche Entschädigung für die Präsidien von Gemeinderat und Schulpflege**
Die Präsidien des Gemeinderats und der Schulpflege sollen neu mit je CHF 40'000 pro Jahr gleich hoch entschädigt werden. Bisher wurde das Präsidium des Gemeinderats pauschal mit CHF 30'000 entschädigt, während die Entschädigungspauschale für das Schulpräsidium bei CHF 40'000 lag. Beide Funktionen verlangen vergleichbare Anforderungen bezüglich Verantwortung, Kompetenzen und Zeitaufwand. Eine angemessene Entschädigung für die verantwortungsvolle und zeitintensive Arbeit eines Behördenpräsidiums soll auch zukünftig die Bereitschaft von fähigen und einsatzwilligen Bürgerinnen und Bürgern zum Milizeinsatz sicherstellen.

**Entschädigungserhöhung für die Mitglieder von Gemeinderat und Schulpflege**
Die pauschale Entschädigung für die Mitglieder des Gemeinderats soll um CHF 5'000 auf CHF 25'000 pro Mitglied und Jahr erhöht werden. Jedes Schulpflegemitglied soll neu mit CHF 22'000 pro Jahr entschädigt werden. Zusätzlich soll ein Entschädigungsanteil von CHF 10'000 pro Jahr zur Verfügung stehen, der nach Ermessen der Schulpflege für besondere Leistungen auf die einzelnen Mitglieder verteilt werden kann.

**Entschädigungserhöhung für die Rechnungsprüfungskommission**
Die pauschale Entschädigung für die Rechnungsprüfungskommission soll um CHF 6'000 auf CHF 18'000 pro Jahr erhöht werden. Der zeitliche Aufwand insbesondere für das Präsidium und die Protokollführung haben in den vergangenen Jahren auch wegen den vielen Zweckverbänden zugenommen.

**Wegfall der Entschädigung für die Sozialbehörde (Revision Gemeindeordnung)**
Als Folge der neuen Gemeindeordnung wird die Sozialbehörde in ihrer heutigen Form abgeschafft. Demzufolge soll die bisherige Entschädigungspauschale von CHF 20'000 pro Jahr aus der Entschädigungsverordnung gestrichen werden.

**Entschädigung für Friedensrichteramt nach Anzahl Verhandlungen**
Die Entschädigung des Friedensrichters erfolgt seit einer entsprechenden Gesetzesänderung nach der Anzahl der Verhandlungen, während dem die Einnahmen (Sporteln) abgeschafft worden sind. Daher soll der Entschädigungsansatz aus der Entschädigungsverordnung (Art. 11) ersatzlos gestrichen werden.

**Entschädigung für Betreibungs- und Gemeindeammannamt**
Seit 2010 wird nach Massgabe des Anschlussvertrags vom Mai 2009 bzw. gemäss Beschluss des Zürcher Regierungsrats vom 17. März 2010 das Betreibungs- und Gemeindeammannamt für Neftenbach von der Gemeinde Seuzach geführt. Die dort angestellten Mitarbeitenden werden nach Massgabe der Personalverordnung der Gemeinde Seuzach besoldet. Daher soll der Entschädigungsansatz aus der Entschädigungsverordnung (Art. 12) ersatzlos gestrichen werden.

**Separate Entschädigung für die Weiterbildung von Behördenmitgliedern**
Gemäss geltender Entschädigungsverordnung gilt die pauschale Behördenentschädigung insbesondere auch für die Weiterbildungskosten. Erfahrungsgemäss wird die Weiterbildung von Behördenmitgliedern eher vernachlässigt, wenn diese nicht zusätzlich entschädigt wird. Im Interesse einer hohen Kompetenz soll die Weiterbildung von Behördenmitgliedern separat entschädigt werden. Daher soll bei der die Pauschalentschädigung inkludierenden Aufzählung der Begriff „Bildung" (Art. 3) gestrichen werden.

**Pauschale gilt nicht als Entschädigung für Zweckverbandspräsidium**
Gemäss geltender Entschädigungsverordnung beinhaltet die pauschale Behördenentschädigung auch die Teilnahme von Behördenmitgliedern an Sitzungen von Zweckverbänden. Präzisierend soll festgehalten werden, dass die pauschale Behördenentschädigung jedoch nicht die Entschädigung für ein Zweckverbandspräsidium beinhaltet.

**Empfehlung an die Stimmberechtigten**
Den Stimmberechtigten wird die Vorlage zur Annahme empfohlen.

Neftenbach, 6. Oktober 2017 NAMENS DES GEMEINDERATES
Der Gemeindepräsident: Martin Huber
Der Gemeindeschreiber: Hannes Friess

**Abschied der Rechnungsprüfungskommission**

Änderungsantrag

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, die Vorlage des Gemeinderates mit folgenden Änderungen zu genehmigen:

a) Beibehaltung der seit dem Jahr 2009 geltenden Entschädigungsverordnung.

b) Die für die Ausübung des Behördenamts notwendigen Weiterbildungskosten sollen zusätzlich zu den Pauschalentschädigungen von der Gemeinde getragen werden (Art. 3).

Begründung

Der Gemeinderat und die Verwaltung der politischen Gemeinde sind momentan unter Beihilfe eines externen Unternehmensberaters dabei, ihre Zusammenarbeit neu zu regeln. Aus dieser umfangreichen Analyse könnten sich Änderungen in der Arbeitsweise und im Arbeitsumfang einzelner Behördenämter ergeben. Die RPK empfiehlt der Gemeindeversammlung darum, insbesondere mit einer Anpassung der Entschädigungshöhe zuzuwarten, bis die Ergebnisse der Unternehmensanalyse vorliegen. Einzig die Regelung, wonach die notwendigen Weiterbildungskosten der Behördenmitglieder bereits mit der Pauschalentschädigung abgegolten sind, soll aufgehoben werden. Dies bedarf einer Anpassung des Artikels 3 in der heutigen Entschädigungsverordnung. Ein inhaltlich ähnlicher Teilantrag ist in der vorliegenden Abstimmungsvorlage des Gemeinderats enthalten.

Die RPK steht an einer Erhöhung der Entschädigungen für Behördenmitglieder nicht generell kritisch gegenüber. Es würde gar begrüsst, wenn der Gemeinderat eine vollständig überarbeitete Entschädigungsverordnung unter Berücksichtigung der Unternehmensanalyse an einer kommenden Gemeindeversammlung traktandieren würde. Wichtig erscheint es der RPK aber, dass insbesondere diejenigen Behördenmitglieder höher entschädigt werden, deren Verantwortung und zeitliche Beanspruchung zugenommen haben.

Neftenbach, 17. Oktober 2017 NAMENS DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION
Der Präsident: Fabian Utzinger
Der Aktuar: Jürg Berweger

**Traktandum 9**

## Anfragen gemäss § 51 des Gemeindegesetzes

Allfällige Anfragen im Sinne von § 51 des zürcherischen Gemeindegesetzes sind spätestens zehn Arbeitstage vor der Gemeindeversammlung dem Präsidenten des Gemeinderates schriftlich und vom Fragesteller unterzeichnet einzureichen.

# Evangelisch-reformierte Kirchgemeinde

**Traktandum 1**

## Voranschlag 2018 mit einem Steuerfuss von 9 %

Der Voranschlag 2018 der reformierten Kirchgemeinde wird zuhanden der Rechnungsprüfungskommission und Gemeindeversammlung verabschiedet. Bei einem Aufwand von CHF 829'570.-- und einem Ertrag von CHF 802'500.-- resultiert ein Aufwandüberschuss von CHF 27'070.--. Es werden keine Abschreibungen getätigt. Durch den Aufwandüberschuss verringert sich das Eigenkapital auf CHF 605'302.--. Investitionen werden keine getätigt.

**Abschied der Kirchenpflege**
Die Kirchenpflege beantragt der Gemeindeversammlung die Genehmigung des Voranschlages und die Festsetzung des Steuerfusses auf 9 % (wie bisher).

Neftenbach, 5. September 2017 NAMENS DER KIRCHENPFLEGE

Der Präsident: Peter Schmid
Die Aktuarin: Sandra Horisberger

**Abschied der Rechnungsprüfungskommission**

Feststellung

Das Budget 2018 der Reformierten Kirchgemeinde Neftenbach ist finanzrechtlich zulässig, finanziell angemessen und rechnerisch richtig.

Antrag

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, zu beschliessen:

1. Der Voranschlag 2018 der Reformierten Kirchgemeinde wird entsprechend dem Antrag der Kirchenpflege genehmigt.

2. Der Steuerfuss der Reformierten Kirchgemeinde wird (unverändert gegenüber dem Jahr 2017) auf 9 % des einfachen Gemeindesteuerertrages festgesetzt.

Neftenbach, 4. Oktober 2017 NAMENS DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION
Der Präsident: Fabian Utzinger
Die Aktuarin: Brigitte Fasciati

**Traktandum 2**

## Anfragen gemäss § 51 des Gemeindegesetzes

Allfällige Anfragen im Sinne von § 51 des Zürcherischen Gemeindegesetzes sind spätestens zehn Arbeitstage vor der Gemeindeversammlung dem Präsidenten der Kirchenpflege, Peter Schmid, Rötelstrasse 19, 8413 Neftenbach, schriftlich und vom Fragesteller unterzeichnet einzureichen.

# Auszüge aus dem Voranschlag 2017 der Politischen Gemeinde

## ÜBERSICHT DER STEUERFÜSSE NEFTENBACH

| | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Politische Gemeinde | 116 | 106 | 96 | 96 | 96 | 96 | 96 | 101 | 101 | 107 | 109 | 109 |
| Schulgemeinde | | | | | | | | | | | | |
| **Zwischentotal** | **116** | **106** | **96** | **96** | **96** | **96** | **96** | **101** | **101** | **107** | **109** | **109** |
| Reformierte Kirche | 14 | 14 | 14 | 14 | 13 | 12 | 12 | 11 | 11 | 9 | 9 | 9 |
| Röm.-kath. Kirche | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 |
| **Total für reformierte Steuerpflichtige** | **130** | **120** | **110** | **110** | **109** | **108** | **108** | **112** | **112** | **116** | **118** | **118** |
| **Total für röm.-kath. Steuerpflichtige** | **129** | **119** | **109** | **109** | **109** | **109** | **109** | **114** | **114** | **120** | **122** | **122** |

## Laufende Rechnung

| | Zusammenzug nach Artengliederung | Voranschlag 2018 | | Voranschlag 2017 | | Rechnung 2016 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Aufwand | Ertrag | Aufwand | Ertrag | Aufwand | Ertrag |
| **3** | **AUFWAND** | | | | | | |
| 30 | Personalaufwand | 5'749'000.00 | | 5'763'100.00 | | 5'601'541.04 | |
| 31 | Sachaufwand | 7'580'400.00 | | 7'401'700.00 | | 6'536'389.44 | |
| 32 | Passivzinsen | 123'200.00 | | 92'200.00 | | 164'844.52 | |
| 33 | Abschreibungen | 2'388'200.00 | | 2'518'100.00 | | 2'133'710.95 | |
| 35 | Entschädigung an Gemeinwesen | 7'337'700.00 | | 7'403'100.00 | | 6'997'326.90 | |
| 36 | Eigene Beiträge | 7'250'000.00 | | 7'385'300.00 | | 7'763'687.31 | |
| 37 | Durchlaufende Beiträge | | | | | 4'362'484.30 | |
| 38 | Einlagen in Spezialfinanzierung/Stiftung | 137'700.00 | | 65'700.00 | | 339'415.04 | |
| 39 | Interne Verrechnungen | 1'266'900.00 | | 952'400.00 | | 878'670.24 | |
| | **Total Aufwand** | **31'833'100.00** | | **31'581'600.00** | | **34'778'069.74** | |
| **4** | **ERTRAG** | | | | | | |
| 40 | Steuern | | 18'735'800.00 | | 18'274'100.00 | | 18'053'466.55 |
| 42 | Vermögenserträge | | 693'400.00 | | 1'280'800.00 | | 537'233.00 |
| 43 | Entgelte | | 4'958'700.00 | | 5'395'500.00 | | 5'254'028.63 |
| 44 | Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung | | 3'788'100.00 | | 3'175'500.00 | | 4'138'347.60 |
| 45 | Rückerstattungen von Gemeinwesen | | 439'000.00 | | 459'200.00 | | 492'242.20 |
| 46 | Beiträge für eigene Rechnung | | 1'362'300.00 | | 1'263'100.00 | | 1'637'044.95 |
| 47 | Durchlaufende Beiträge | | | | | | 4'362'484.30 |
| 48 | Entnahmen aus Spezialfinanzierung/Stiftung | | 389'100.00 | | 147'300.00 | | 35'044.05 |
| 49 | Interne Verrechnungen | | 1'266'900.00 | | 952'400.00 | | 878'670.24 |
| | **Total Ertrag** | | **31'633'300.00** | | **30'947'900.00** | | **35'388'561.52** |
| | **TOTAL AUFWAND / ERTRAG** | **31'833'100.00** | **31'633'300.00** | **31'581'600.00** | **30'947'900.00** | **34'778'069.74** | **35'388'561.52** |
| | Ertrags-/Aufwandüberschuss | - | 199'800.00 | - | 633'700.00 | 610'491.78 | - |
| | **Total** | **31'833'100.00** | **31'833'100.00** | **31'581'600.00** | **31'581'600.00** | **35'388'561.52** | **35'388'561.52** |

Politische Gemeinde

## Laufende Rechnung

| | Zusammenzug nach Funktionen | Voranschlag 2018 | | Voranschlag 2017 | | Rechnung 2016 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Aufwand | Ertrag | Aufwand | Ertrag | Aufwand | Ertrag |
| 0 | Behörden und Verwaltung | 2'091'200.00 | 350'000.00 | 2'005'200.00 | 349'500.00 | 1'909'386.08 | 416'505.45 |
| 1 | Rechtsschutz und Sicherheit | 895'800.00 | 103'500.00 | 887'400.00 | 115'200.00 | 833'957.21 | 141'123.55 |
| 2 | Bildung | 13'182'000.00 | 364'000.00 | 13'587'000.00 | 416'600.00 | 12'853'347.82 | 526'431.50 |
| 3 | Kultur und Freizeit | 1'280'200.00 | 292'100.00 | 1'141'300.00 | 289'700.00 | 1'077'112.22 | 290'226.81 |
| 4 | Gesundheit | 1'296'800.00 | 500.00 | 1'228'100.00 | 4'000.00 | 1'424'095.18 | 87'513.80 |
| 5 | Soziale Wohlfahrt | 4'472'500.00 | 1'848'000.00 | 4'220'200.00 | 1'986'300.00 | 4'632'111.69 | 2'151'675.25 |
| 6 | Verkehr | 855'100.00 | 91'000.00 | 971'500.00 | 135'200.00 | 956'688.45 | 108'729.85 |
| 7 | Umwelt und Raumordnung | 2'662'400.00 | 2'326'500.00 | 2'446'700.00 | 2'191'000.00 | 2'323'888.25 | 2'127'023.45 |
| 8 | Volkswirtschaft | 2'352'500.00 | 2'615'200.00 | 2'303'300.00 | 2'645'100.00 | 1'994'494.63 | 2'417'322.72 |
| 9 | Finanzen und Steuern | 2'744'600.00 | 23'642'500.00 | 2'790'900.00 | 22'815'300.00 | 6'772'988.21 | 27'122'009.14 |
| | TOTAL AUFWAND / ERTRAG | 31'833'100.00 | 31'633'300.00 | 31'581'600.00 | 30'947'900.00 | 34'778'069.74 | 35'388'561.52 |
| | Ertrags-/Aufwandüberschuss | - | 199'800.00 | - | 633'700.00 | 610'491.78 | - |
| | **Total** | **31'833'100.00** | **31'833'100.00** | **31'581'600.00** | **31'581'600.00** | **35'388'561.52** | **35'388'561.52** |

Politische Gemeinde

## Investitionen im Verwaltungsvermögen

| | Zuständiges Organ | Voranschlag 2018 | | Voranschlag 2017 | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | Ausgaben | Einnahmen | Ausgaben | Einnahmen |
| **Behörden und Verwaltung** | | | | | |
| Ersatz EDV-Arbeitsplätze | GR | | | 60'000.00 | |
| Photovoltaikanlagen (Rahmenkredit) | GV vom 29.11.2017 | 50'000.00 | | | |
| **Sicherheit** | | | | | |
| Ersatz Feuerwehrfahrzeug | GR | 85'000.00 | | | |
| Staatsbeiträge Feuerwehrfahrzeug | GR | | 40'000.00 | | |
| **Bildung** | | | | | |
| SH Auenrain Netzwerk und PC-Ersatz | SP | | | 100'000.00 | |
| Schulraumbauten Tagesstrukturen (Planung) | GV 2018 | 100'000.00 | | 400'000.00 | |
| SH 3 Linden, Umbau Büros im Schulraum | GR | | | 40'000.00 () | |
| SH Auenrain Umbau Whg in Sitzungszimmer / Büro | GR | 30'000.00 | | | |
| SH Ebni Ersatz Sanitär- WC-Anlagen (BJ 1966) (§) | GR | 155'000.00 | | | |
| TH Ebni, Bodensanierung | GR | 260'000.00 | | | |
| TH Ebni, Fenstersanierung Turnhalle UG (§) | GR | 75'000.00 | | | |
| SH Auenrain, Absturzsicherungen auf Flachdach (§) | GR | 55'000.00 | | | |
| SH Ebni, Absturzsicherungen auf Flachdach (§) | GR | 40'000.00 | | | |
| **Kultur und Freizeit** | | | | | |
| Schützenhaus Innensanierung | GR | 100'000.00 | | | |
| Sanierung Schiesshang (§) | GR | 390'000.00 | | 20'000.00 | |
| Schaffung Begegnungsort | GV 2018 | 20'000.00 | | | |
| **Gesundheit** | | | | | |
| Beteiligung ZV Alters- und Pflegeheim (§) | Delegiertenversammlung | | | 1'221'400.00 | |
| Übertragung Sachgüter in FV (§) | Delegiertenversammlung | | | | 453'000.00 |
| **Soziale Wohlfahrt** | | | | | |
| Bereitstellung Unterkünfte sozial Benachteiligte (Planung) | GR | | | 50'000.00 | |

| | Zuständiges Organ | Voranschlag 2018 | | Voranschlag 2017 | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | Ausgaben | Einnahmen | Ausgaben | Einnahmen |
| **Verkehr** | | | | | |
| Umsetzung Verkehrskonzept (§) | GV vom 26.11.2008 | 150'000.00 | | 50'000.00 | |
| Sanierung Schulstrasse (Zwischenweg bis alte Landi) | GR | 220'000.00 | | 180'000.00 () | |
| Auenrainstrasse bauliche Massnahmen | GR | 25'000.00 | | | |
| **Gewässerunterhalt** | | | | | |
| Revitalisierung Weiher (1. Teil) | GV 2018 | 300'000.00 | | | |
| **Forst** | | | | | |
| Erweiterung Forstgebäude (2.Teil) | GV vom 1.6.2016 | 180'000.00 | | 500'000.00 | |
| Total Investitionen steuerfinanzierte Bereiche | | 2'235'000.00 | 40'000.00 | 2'621'400.00 | 453'000.00 |
| **Total Nettoinvestitionen steuerfinanzierte Bereiche** | | | **2'195'000.00** | | 2'168'400.00 |
| | | 2'235'000.00 | 2'235'000.00 | 2'621'400.00 | 2'621'400.00 |
| **Wasserwerk** | | | | | |
| Wasserleitung Schaffhausen - Zeughausstrasse | GR | 15'000.00 | | | |
| Sanierung Reservoirkammer Oberhueb (§) | GR | 100'000.00 | | | |
| Vergrösserung Reservoir Oberhueb | GR | 350'000.00 | | | |
| Quelleitung 443 und 444 | GR | 110'000.00 | | | |
| Leitungsersatz Schulstrasse (§) | GR | 70'000.00 | | 70'000.00 () | |
| Leitungsersatz NOK (§) | GR | | | 120'000.00 | |
| Leitwarte VW, Ersatz EDV-Anlage (§) | GR | | | 25'000.00 | |
| Durchflussmesser Reservoir, Ersatz (§) | GR | | | 75'000.00 | |
| Steuerelement Erneuerung in Aussenobjekten (§) | GR | | | 95'000.00 | |
| Reservoir Kehlhof, Sanierung (§) | GR | | | 50'000.00 | |
| WV Buch am Irchel, Zusammenschluss (§) | GR | | | 180'000.00 | |
| PW Hofstetten, Sanierung (§) | GR | | | 50'000.00 | |
| Res. Rosacker, Integration an WV (§) | GR | | | 150'000.00 | |

| | Zuständiges Organ | Voranschlag 2018 | | Voranschlag 2017 | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | Ausgaben | Einnahmen | Ausgaben | Einnahmen |
| Ausscheidungen Schutzzonen | GR | 180'000.00 | | 50'500.00 | |
| Wasseranschlussgebühren | GR | | 650'000.00 | | 150'000.00 |
| **Abwasserbeseitigung** | | | | | |
| Pumpleitung / Schächte Rietstrasse (§) | GR | 130'000.00 | | | |
| Kontrollschächte ersetzen | GR | 80'000.00 | | | |
| Leitungssanierung Weiachstrasse | GR | 70'000.00 | | | |
| Leitungssanierung Huebstrasse | GR | 95'000.00 | | | |
| Leitungssanierung Dättlikonstrasse | GR | 80'000.00 | | | |
| Schulstrasse Kanalisationsanpassung / Reparaturen (§) | GR | 50'000.00 | | | |
| Verbandskanal ARA (§) | GR | 37'200.00 | | 26'900.00 | |
| Ueberarbeitung GEP | GR | | | 50'000.00 | |
| Kanalanschlussgebühren | GR | | 650'000.00 | | 150'000.00 |
| Total Investitionen gebührenfinanzierte Bereiche | | 1'367'200.00 | 1'300'000.00 | 942'400.00 | 300'000.00 |
| **Total Nettoinvestitionen gebührenfinanzierte Bereiche** | | | **67'200.00** | | **642'400.00** |
| | | 1'367'200.00 | 1'367'200.00 | 942'400.00 | 942'400.00 |
| **Investitionen Verwaltungsvermögen** | | | | | |
| Total Investitionen steuerfinanzierte Bereiche | | 2'235'000.00 | 40'000.00 | 2'621'400.00 | 453'000.00 |
| Total Investitionen gebührenfinanzierte Bereiche | | 1'367'200.00 | 1'300'000.00 | 942'400.00 | 300'000.00 |
| **Total Nettoinvestitionen Politische Gemeinde** | | | **2'262'200.00** | | **2'810'800.00** |
| (§) gebundene Ausgabe | | 3'602'200.00 | 3'602'200.00 | 3'563'800.00 | 3'563'800.00 |

() nicht ausgeführte Projekte

Politische Gemeinde Neftenbach

Abschreibungstabelle

| Konto | Bezeichnung | Bestand 1.1. 2017 | mutmassl. Zuwachs 2017 | mutmassl. ordentl. Abschr. 2017 | mutmassl. zusätzl. Abschr. 2017 | mutmassl. Bestand 31.12. 2017 | mutmassl. Zuwachs 2018 | mutmassl. Bestand 2018 vor Abschr. | Ordentl. Abschr. 2018 in % | Ordentl. Abschr. 2018 in Fr. | Zusätzl. Abschr. 2018 in Fr. | mutmassl. Bestand 31.12. 2018 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1140 01 | GRUNDSTÜCKE | 444'000 | 20'000 | 47'000 | 0 | 417'000 | 410'000 | 827'000 | 10% | 83'000 | 0 | 744'000 |
| 51 | Wasserversorgung | 0 | 50'500 | 5'500 | 0 | 45'000 | 180'000 | 225'000 | 10% | 23'000 | 0 | 202'000 |
| 1141 | TIEFBAUTEN | | | | | | | | | | | |
| 01 | Gemeindegut | 4'150'000 | 185'000 | 434'000 | 0 | 3'901'000 | 695'000 | 4'596'000 | 10% | 460'000 | 0 | 4'136'000 |
| 51 | Wasserversorgung | 705'000 | 431'000 | 114'000 | 0 | 1'022'000 | -5'000 | 1'017'000 | 10% | 102'000 | | 915'000 |
| 61 | Abwasserbeseitigung | 700'000 | -150'000 | 55'000 | 0 | 495'000 | -145'000 | 350'000 | 10% | 35'000 | 270'000 | 45'000 |
| 1143 | HOCHBAUTEN | | | | | | | | | | | |
| 01 | Gemeindegut | 9'655'000 | 0 | 966'000 | 0 | 8'689'000 | 865'000 | 9'554'000 | 10% | 956'000 | 0 | 8'598'000 |
| 71 | Abfallbeseitigung | 55'000 | 0 | 6'000 | 0 | 49'000 | 0 | 49'000 | 10% | 5'000 | | 44'000 |
| 81 | Forst | 20'000 | 500'000 | 52'000 | 0 | 468'000 | 180'000 | 648'000 | 10% | 65'000 | | 583'000 |
| 91 | Nahwärme | 1'306'000 | 0 | 131'000 | | 1'175'000 | 0 | 1'175'000 | 10% | 118'000 | | 1'057'000 |
| 1145 | WALDUNGEN | 17'000 | 0 | 2'000 | 0 | 15'000 | 0 | 15'000 | 10% | 2'000 | 13'000 | 0 |
| 1146 | MOBILIAR | | | | | | | | | | | |
| 01 | Gemeindegut | 217'000 | 160'000 | 76'000 | 0 | 301'000 | 45'000 | 346'000 | 20% | 70'000 | 0 | 276'000 |
| 81 | Forst | 116'000 | 0 | 24'000 | 0 | 92'000 | 0 | 92'000 | 20% | 19'000 | | 73'000 |
| 1152 | BETEILIGUNGEN | 0 | 1'218'300 | 0 | 383'300 | 835'000 | 0 | 835'000 | 0% | 0 | | 835'000 |
| 1162 | INVEST.BEITR. AN GEMEINDEN | | | | | | | | | | | |
| 01 | Gemeindegut | 475'000 | -450'000 | 3'000 | 0 | 22'000 | 0 | 22'000 | 10% | 3'000 | 19'000 | 0 |
| 61 | Abwasserbeseitigung | 0 | 26'900 | 2'900 | 0 | 24'000 | 37'200 | 61'200 | 10% | 6'200 | 55'000 | 0 |
| 1171 | PLANUNGSAUSGABEN | | | | | | | | | | | |
| 01 | Gemeindegut | 22'000 | 0 | 3'000 | 0 | 19'000 | 0 | 19'000 | 10% | 2'000 | 17'000 | 0 |
| 61 | Abwasserbeseitigung | 0 | 50'000 | 5'000 | | 45'000 | 0 | 45'000 | 10% | 5'000 | | 40'000 |
| TOTAL VERWALTUNGSVERMÖGEN | | 17'882'000 | 2'041'700 | 1'926'400 | 383'300 | 17'614'000 | 2'262'200 | 19'876'200 | | 1'954'200 | 374'000 | 17'548'000 |
| | | | | | | | | | Total Abschreibungen | | 2'328'200 | |

## Auszüge aus dem Voranschlag 2017 der Ev.-ref. Kirchgemeinde

| | VORANSCHLAG 2018 Soll | VORANSCHLAG 2018 Haben | VORANSCHLAG 2017 Soll | VORANSCHLAG 2017 Haben | RECHNUNG 2016 Soll | RECHNUNG 2016 Haben |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **1. Steuerfuss 2018** | | | | | | |
| a) ZU DECKENDER AUFWANDÜBERSCHUSS | | | | | | |
| Aufwand der Laufenden Rechnung | 829'570 | | 1'391'520 | | 838'406.55 | |
| Ertrag der Laufenden Rechnung (ohne ordentliche Steuern Voranschlagsjahr) | | 228'678 | | 236'700 | | 248'568.90 |
| Zu deckender Aufwandüberschuss | | 600'892 | | 1'154'820 | | 589'837.65 |
| **Total** | **829'570** | **829'570** | **1'391'520** | **1'391'520** | **838'406.55** | **838'406.55** |
| b) STEUERFUSS / STEUERERTRAG | | | | | | |
| Zu deckender Aufwandüberschuss (wie oben) | 600'892 | | 1'154'820 | | 589'837.65 | |
| Einfacher Gemeindesteuerertrag netto, 100%<br>6'375'800 = 2018 (Laufendes Jahr)<br>6'950'000 = 2017 (Vorjahr) | | | | | | |
| Steuerertrag bei einem Steuerfuss von<br>9.00% = 2018 (Laufendes Jahr)<br>9.00% = 2017 (Vorjahr) | | 573'822 | | 625'500 | | 571'452.00 |
| Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung<br>= Zunahme Eigenkapital / Abnahme Bilanzfehlbetrag | | | | | | |
| Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung<br>= Entnahme aus dem Eigenkapital | | 27'070 | | 529'320 | | 18'385.65 |
| **Total** | **600'892** | **600'892** | **1'154'820** | **1'154'820** | **589'837.65** | **589'837.65** |
| c) ABSCHREIBUNGEN IM AUFWAND DER LAUFENDEN RECHNUNG<br>(nur Verwaltungsvermögen) | | | | | | |
| Abschreibungen Verwaltungsvermögen | | | | 522'000 | | |

| | VORANSCHLAG 2018 | | VORANSCHLAG 2017 | | RECHNUNG 2016 | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Soll | Haben | Soll | Haben | Soll | Haben |
| **2. Laufende Rechnung** | | | | | | |
| Total Aufwand | 829'570 | | 1'391'520 | | 838'406.55 | |
| Total Ertrag | | 802'500 | | 862'200 | | 820'020.90 |
| Aufwandüberschuss | | 27'070 | | 529'320 | | 18'385.65 |
| Ertragsüberschuss | | | | | | |
| **Total** | **829'570** | **829'570** | **1'391'520** | **1'391'520** | **838'406.55** | **838'406.55** |
| **3. Investitionen im Verwaltungsvermögen** | | | | | | |
| a) NETTOINVESTITIONEN | | | | | | |
| Total Ausgaben | | | 522'000 | | | |
| Total Einnahmen | | | | | | |
| Nettoinvestitionen | | | | 522'000 | | |
| Einnahmenüberschuss | | | | | | |
| **Total** | **0** | **0** | **522'000** | **522'000** | **0.00** | **0.00** |
| b) FINANZIERUNG I | | | | | | |
| Nettoinvestitionen | | | 522'000 | | | |
| Einnahmenüberschuss | | | | | | |
| Abschreibungen Verwaltungsvermögen | | | | 522'000 | | |
| Abschreibungen Bilanzfehlbetrag | | | | | | |
| Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung | 27'070 | | 529'320 | | 18'385.65 | |
| Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung | | | | | | |
| Finanzierungsfehlbetrag I | | 27'070 | | 529'320 | | 18'385.65 |
| Finanzierungsüberschuss I | | | | | | |
| **Total** | **27'070** | **27'070** | **1'051'320** | **1'051'320** | **18'385.65** | **18'385.65** |

| | VORANSCHLAG 2018 Soll | VORANSCHLAG 2018 Haben | VORANSCHLAG 2017 Soll | VORANSCHLAG 2017 Haben | RECHNUNG 2016 Soll | RECHNUNG 2016 Haben |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **4. Investitionen im Finanzvermögen** | | | | | | |
| a) NETTOVERÄNDERUNG | | | | | | |
| Total Ausgaben | | | | | | |
| Total Einnahmen | | | | | | |
| Nettoveränderung | | | | | | |
| **Total** | **0** | **0** | **0** | **0** | **0.00** | **0.00** |
| b) FINANZIERUNG II | | | | | | |
| Nettoveränderung | | | | | | |
| Finanzierungsfehlbetrag I | 27'070 | | 529'320 | | 18'385.65 | |
| Finanzierungsüberschuss I | | | | | | |
| Finanzierungsfehlbetrag II | | 27'070 | | 529'320 | | 18'385.65 |
| Finanzierungsüberschuss II | | | | | | |
| **Total** | **27'070** | **27'070** | **529'320** | **529'320** | **18'385.65** | **18'385.65** |
| | | | Voraussichtl. Ergebnis 2017 | | | |
| **5. Veränderung Kapitalkonto** | | | | | | |
| Eigenkapital Beginn Rechnungsjahr | | 632'372 | | 1'161'692 | | 1'180'077.71 |
| Bilanzfehlbetrag Beginn Rechnungsjahr | | | | | | |
| Abschreibungen Bilanzfehlbetrag | | | | | | |
| Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung | 27'070 | | 529'320 | | 18'385.65 | |
| Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung | | | | | | |
| Eigenkapital Ende Rechnungsjahr | 605'302 | | 632'372 | | 1'161'692.06 | |
| Bilanzfehlbetrag Ende Rechnungsjahr | | | | | | |
| **Total** | **632'372** | **632'372** | **1'161'692** | **1'161'692** | **1'180'077.71** | **1'180'077.71** |

## 2. Zusammenzug nach Sachgruppen



| Laufende Rechnung | | VORANSCHLAG 2018 | | VORANSCHLAG 2017 | | RECHNUNG 2016 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Aufwand | Ertrag | Aufwand | Ertrag | Aufwand | Ertrag |
| **3** | **Aufwand** | | | | | | |
| 30 | Personalaufwand | 267'600 | | 288'900 | | 262'037.20 | |
| 31 | Sachaufwand | 249'900 | | 255'300 | | 249'907.55 | |
| 32 | Passivzinsen | 5'300 | | 5'300 | | 4'364.15 | |
| 33 | Abschreibungen | 4'000 | | 525'000 | | 1'609.50 | |
| 35 | Entschädigungen an andere Gemeinwesen | 20'370 | | 22'020 | | 22'435.30 | |
| 36 | Eigene Beiträge | 256'400 | | 267'000 | | 260'441.80 | |
| 37 | Durchlaufende Beiträge | 26'000 | | 28'000 | | 37'611.05 | |
| | **Total Aufwand** | **829'570** | | **1'391'520** | | **838'406.55** | |
| **4** | **Ertrag** | | | | | | |
| 40 | Steuern | | 688'000 | | 744'000 | | 691'738.35 |
| 42 | Vermögenserträge | | 31'500 | | 33'700 | | 30'845.90 |
| 43 | Ersatzabgaben | | 7'000 | | 6'500 | | 7'832.40 |
| 46 | Beiträge für eigene Rechnung | | 50'000 | | 50'000 | | 51'993.20 |
| 47 | Durchlaufende Beiträge | | 26'000 | | 28'000 | | 37'611.05 |
| | **Total Ertrag** | | **802'500** | | **862'200** | | **820'020.90** |

## 2. Zusammenzug nach Sachgruppen



| Laufende Rechnung | VORANSCHLAG 2018 | | VORANSCHLAG 2017 | | RECHNUNG 2016 | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Aufwand | Ertrag | Aufwand | Ertrag | Aufwand | Ertrag |
| Total Aufwand | 829'570 | | 1'391'520 | | 838'406.55 | |
| Total Ertrag | | 802'500 | | 862'200 | | 820'020.90 |
| **Aufwandüberschuss** | | **27'070** | | **529'320** | | **18'385.65** |
| **Total** | **829'570** | **829'570** | **1'391'520** | **1'391'520** | **838'406.55** | **838'406.55** |

## 3. Zusammenzug nach Aufgabenbereichen



| Laufende Rechnung | | VORANSCHLAG 2018 Aufwand | VORANSCHLAG 2018 Ertrag | VORANSCHLAG 2017 Aufwand | VORANSCHLAG 2017 Ertrag | RECHNUNG 2016 Aufwand | RECHNUNG 2016 Ertrag |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Kirchenwesen** | | | | | | | |
| 390 | Gemeindeaufbau und -leitung | 198'100 | 7'000 | 200'100 | 6'500 | 186'794.55 | 7'832.40 |
| 391 | Verkündigung und Gottesdienst | 58'500 | | 81'500 | | 59'970.90 | |
| 392 | Diakonie und Seelsorge | 60'300 | 34'000 | 65'400 | 34'000 | 62'729.30 | 37'330.00 |
| 393 | Bildung und Spiritualität | 104'900 | 16'000 | 104'400 | 16'000 | 87'546.05 | 14'663.20 |
| 394 | Kultur | | | | | | |
| 396 | Liegenschaften im VV | 113'800 | 26'400 | 113'200 | 27'400 | 133'310.70 | 25'683.00 |
| **Finanzen und Steuern** | | | | | | | |
| 900 | Gemeindesteuern | 29'370 | 693'000 | 30'020 | 749'000 | 28'118.20 | 695'820.50 |
| 920 | Zentralkassenbeitrag und Finanzausgleich | 238'000 | | 246'000 | | 241'825.20 | |
| 940 | Kapitaldienst | 600 | 100 | 900 | 1'300 | 500.60 | 1'080.75 |
| 941 | Buchgewinne und Buchverluste | | | | | | |
| 942 | Liegenschaften im Finanzvermögen | | | | | | |
| 990 | Abschreibungen | | | 522'000 | | | |
| 995 | Neutrale Aufwendungen und Erträge | 26'000 | 26'000 | 28'000 | 28'000 | 37'611.05 | 37'611.05 |
| | Total | 829'570 | 802'500 | 1'391'520 | 862'200 | 838'406.55 | 820'020.90 |
| | **Ergebnis** | | | | | | |
| | 999.9121 Aufwandüberschuss | | 27'070 | | 529'320 | | 18'385.65 |

| Laufende Rechnung | VORANSCHLAG 2018 | | VORANSCHLAG 2017 | | RECHNUNG 2016 | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Aufwand | Ertrag | Aufwand | Ertrag | Aufwand | Ertrag |
| 999.9120 Ertragsüberschuss | | | | | | |
| Total | 829'570 | 829'570 | 1'391'520 | 1'391'520 | 838'406.55 | 838'406.55 |

reformierte
kirche neftenbach

**Finanzplanung 2018 - 2022**

Stand August 2017

| | R 2016 | V 2017 | V 2018 | P 2019 | P 2020 | P 2021 | P 2022 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Steuerfuss (%) | 9 | 9 | 9 | 9 | 9 | 9 | 9 |
| Steuererträge | 667'702 | 718'980 | 663'630 | 658'000 | 652'000 | 646'000 | 640'000 |
| Diverse Erträge (Vermögenserträge, etc.) | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Buchgewinne | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Total Ertrag** | **667'702** | **718'980** | **663'630** | **658'000** | **652'000** | **646'000** | **640'000** |
| Gemeindeaufbau und Leitung | 178'962 | 193'600 | 191'100 | 190'000 | 190'000 | 190'000 | 190'000 |
| Verkündigung und Gotttesdienst | 59'970 | 81'500 | 58'500 | 60'000 | 60'000 | 60'000 | 60'000 |
| Diakonie und Seelsorge | 25'399 | 31'400 | 26'300 | 30'000 | 30'000 | 30'000 | 30'000 |
| Bildung und Spiritualität | 72'883 | 88'400 | 88'900 | 90'000 | 90'000 | 90'000 | 90'000 |
| Zentralkassenbeitrag | 241'825 | 246'000 | 238'000 | 240'000 | 240'000 | 240'000 | 240'000 |
| Liegenschaften | 107'627 | 85'800 | 87'400 | 100'000 | 100'000 | 100'000 | 100'000 |
| Investitionen | 0 | (522000) | 0 | 0 | 0 | (210'000) | (110'000) |
| Abschreibungen | 0 | 522'000 | 0 | 0 | 0 | 21'000 | 32'000 |
| Diverse Aufwendungen (Kapitaldienst, etc) | -580 | -400 | 500 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Total Aufwand** | **686'086** | **1'248'300** | **690'700** | **710'000** | **710'000** | **731'000** | **742'000** |
| **Aufwand- (-) / Ertragsüberschuss (+)** | **-18'384** | **-529'320** | **-27'070** | **-52'000** | **-58'000** | **-85'000** | **-102'000** |
| **Entwicklung Eigenkapital** | **1'161'692** | **632'372** | **605'302** | **553'302** | **495'302** | **410'302** | **308'302** |